



IMIS Working Papers

19|2024

Von Hilfe zu Protest

Die Entstehung von sozialem Veränderungswillen in der Unterstützungsarbeit mit Menschen im Asylsystem

Paula Edling

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS

Institute for Migration Research
and Intercultural Studies

Zitation/Citation

Edling, Paula (2024): Von Hilfe zu Protest. Die Entstehung von sozialem Veränderungswillen in der Unterstützungsarbeit mit Menschen im Asylsystem. IMIS Working Paper 19, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Osnabrück: IMIS.

Über die Autorin/About the Author

Paula Edling studierte Soziologie und Kultur- und Sozialanthropologie (B. A.) an der Universität Münster sowie Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen (M. A.) an der Universität Osnabrück. Aktuell arbeitet sie im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in einem rechtssoziologischen Forschungsprojekt und promoviert an der Universität Hildesheim zum Thema „Zugang zum Recht auf Gewaltschutz“.

Dieses Working Paper ist eine gekürzte Fassung der Masterarbeit im Master-Studiengang Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen (IMIB), die im November 2022 an der Universität Osnabrück eingereicht wurde. Die Arbeit wurde betreut von Prof. Dr. Helen Schwenken und M. A. Inken Rommel.

Die **IMIS Working Papers** bieten Einblicke in Forschungen und Diskussionen am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

The **IMIS Working Papers** provide insights into research and ongoing debates at the Institute for Migration Research and Intercultural Studies (IMIS) at Osnabrück University.

Die IMIS Working Papers sind erhältlich unter/The IMIS Working Papers are available here:
https://www.imis.uni-osnabrueck.de/publikationen/imis_working_papers.html

Redaktion/Editorial Board:

Prof. Dr. Christoph Rass, Prof. Dr. Helen Schwenken, Simon Sperling, PD Dr. Frank Wolff

Lektorat: Svenja Lichtenberg

Layout: Shari Heuer, Sofia Ratsitska, Tim Zumloh

Herausgeber:

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)

Universität Osnabrück

Der Vorstand

D-49069 Osnabrück

Tel.: +49 (0)541 969 4384

E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de

Internet: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de>

ISSN: (Print) 2628-5525

ISSN: (Online) 2628-5533

Februar 2024

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	3
2. Grundlagen der empirischen Forschung	4
2.1. Forschungsstand: Ziviles Engagement für Menschen im Asylsystem	4
2.2. Ausgangshypothesen und Forschungsfrage	5
2.3. Protestbewegung als theoretisches Werkzeug: Doing Protest	6
2.4. Qualitative Interviewforschung in Luisenstadt	9
3. Ergebnisse – Protestdimensionen im Engagement	11
3.1. <i>Recruitment</i> : Erstzugang und Motivation zum Engagement	11
3.2. <i>Intentional Efforts</i> : Ziele und Strategien der Engagierten	14
3.3. <i>Blame</i> oder <i>Powerful Allies</i> : Das Verhältnis zu staatlichen Behörden	20
3.4. <i>Sustaining</i> : Erfolge, Wirksamkeit und persönlicher Mehrwert	23
3.5. <i>Collective Identity</i> bei den Engagierten in Luisenstadt	25
4. Ungleichbehandlung von geflüchteten Menschen – ein <i>Moral Shock</i>	27
5. Zusammenfassung und Diskussion der Forschungsergebnisse	30
6. Literaturverzeichnis	36
Anhang: Übersicht der Interviewpartner*innen	40

1. Einleitung

Im Frühjahr 2022 entbrannte angesichts der politischen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen auf Fluchtbewegungen aus der Ukraine in Deutschland eine Diskussion über die (Un-)Gleichbehandlung von Geflüchteten. Diskussionsgegenstand waren sichtbare Parallelen und Unterschiede zur sogenannten „Willkommenskultur“ von 2015 (vgl. Seibel 2022; Schmidt 2022): Sieben Jahre zuvor hatte die „Wir schaffen das“-Bundespressekonferenz der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel schon einmal eine Phase der zivilgesellschaftlichen Unterstützung für Geflüchtete initiiert (vgl. Hamann/Karakayalı 2016; Sutter 2017; Trauner/Turton 2017). Das gewählte Narrativ eines kollektiven Kraftakts hatte damals die Einreise von Menschen, die vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan nach Europa geflohen waren (vgl. Herbert/Schönhagen 2020), als nationale Krisensituation¹ gerahmt und einen bedeutenden Anteil der Gesellschaft zu ihrer Bewältigung aktiviert.² So entstanden zahlreiche zivile Hilfskonzepte zur staatlichen Entlastung, in denen Unterstützung für Menschen im Asylsystem³ als humanitäre Notwendigkeit galt, anstatt wie zuvor als politisch oder religiös motivierter Akt der Solidarität.⁴ Durch erfolgreiche rechtspopulistische Diskursverschiebung und sinkende Aufmerksamkeit für die Situation Geflüchteter nahm diese neutrale Deutung von Unterstützung in den Folgejahren jedoch rapide ab. Im Jahr 2022 symbolisierte das weitreichende Engagement für Fliehende aus der Ukraine demgegenüber eine scheinbar konsensuale Solidarität aus allen Bereichen der Gesellschaft, die Menschen aus anderen Herkunftsländern in dem Ausmaß nie – und vor allem zuletzt zunehmend weniger – erlebt hatten. Innerhalb der bestehenden Unterstützungsstrukturen für Menschen im Asylsystem wurde vor diesem Hintergrund die Kritik an systematischer Diskriminierung laut, in deren Kontext diese Forschungsarbeit entstanden ist. Sie widmet sich denjenigen Engagierten aus der Mehrheitsgesellschaft, die ihr Engagement im Rahmen der kollektiven ‚Krisenbewältigung‘ 2015 begannen und entgegen des gesamtgesellschaftlichen Trends bis zum Erhebungszeitpunkt 2022 kontinuierlich fortführten oder ausweiteten. Vor dem Hintergrund der skizzierten Diskussion fragt die Forschungsarbeit nach den möglichen Entstehungsbedingungen von politischen und sozialen Protestdimensionen aus ursprünglich als neutral und unpolitisch gerahmten Zugängen im Engagement.

Der Forschungsbedarf ergibt sich aus der Erkenntnis, dass die „responses of established citizens and their contested social imaginaries and practices“ (Fleischmann 2020: 37) im Grenzregime maßgeblichen Einfluss auf politische Transformationspotenziale haben und entlang staatlicher Grenzlogiken

¹ Im politischen und medialen Diskurs wird der Spätsommer 2015 häufig mit dem Begriff ‚Flüchtlingskrise‘ in Zusammenhang gesetzt (z. B. Luft 2016). Mit dieser Formulierung wird den Menschen, die zu der Zeit in EU-Staaten Schutz suchten, durch ihre Anwesenheit eine implizite Verantwortung für die Situation zugesprochen, während die tatsächlichen Ursachen von politisch komplexen Krisen in Herkunftsländern sowie restriktiven Grenzpolitiken in den Aufnahmeländern ausgeblendet werden.

² Laut einer Studie des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) unterstützten bis zu 55 Prozent der deutschen Zivilgesellschaft zwischen 2015 und 2017 in irgendeiner Form neuankommende geflüchtete Personen, davon 25 Prozent durch aktives Engagement (BMFSFJ 2018: 11).

³ In dieser Arbeit verwende ich die kollektive Bezeichnung „Menschen im Asylsystem“ für alle Personen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen oder gestellt haben und sich in Deutschland aufhalten – unabhängig vom Stand oder Resultat des Verfahrens. Die Formulierung soll einer Essentialisierung bzw. Reduktion der Personen auf ihre Migrationserfahrung oder ihren Rechtsstatus, wie z.B. durch das Wort ‚Flüchtling‘ vorgenommen wird, vermeiden. Gleichzeitig wird mit der Formulierung das machtvolle Einwirken des Systems auf die Lebensrealität und Rechte der Personen betont.

⁴ Vor 2015 setzten sich vor allem selbstorganisierte migrantische Gruppen, linke und antirassistische Aktivist*innen oder kirchliche und karitative Träger mit den Belangen von Menschen im Asyl- und Migrationskontext auseinander (vgl. Fleischmann/Steinhilper 2017: 19; Hamann/Karakayalı 2016: 75).

Ausschlüsse manifestieren oder herausfordern können. Dementsprechend gilt es zu identifizieren, inwiefern auch aus tendenziell staatstragenden humanitären Hilfskonzepten potenziell politische Auseinandersetzungen und soziale Veränderungsambitionen entstehen können. Für eine Annäherung an diesen Forschungsgegenstand habe ich in meiner qualitativen Forschung das anhaltende zivilgesellschaftliche Engagement für Menschen im Asylsystem seit 2015 mithilfe der mikrosoziologischen Konzeption von sozialen Bewegungen nach James M. Jasper (2014) zunächst antizipativ als Teilhabe an einer Protestbewegung gefasst. Die theoretische Rahmung dient als produktive Schablone, um individuelle wie kollektive Motivationen, zugrundeliegende Überzeugungen und Ziele von Engagierten hinsichtlich ihres Verhältnisses zu staatlichen Narrativen und Praktiken im Grenzregime und den damit verbundenen Veränderungspotenzialen analysieren zu können. Im empirischen Teil werden dafür (Selbst-)Darstellungen von neun ehrenamtlich Engagierten aus der mittelgroßen westdeutschen Stadt Luisenstadt analysiert,⁵ die (mindestens) seit dem ‚langen Sommer der Migration‘ (Hess et al. 2017) einen bedeutenden Teil ihrer verfügbaren Ressourcen der Unterstützung von Personen im Asylsystem widmen. Mittels einer Deutungsmusteranalyse nach Ullrich (2020) werden ihre Aussagen auf ausgewählte Protestdimensionen in ihrem Engagement geprüft. Daraufhin wird auch der Einfluss der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Reaktion auf Flüchtende aus der Ukraine im Jahr 2022 auf einen potenziellen Politisierungseffekt unter den Engagierten diskutiert und mit einem weiteren Interview von einer Person, die 2022 ihr Engagement aufnahm, kontrastiert.

2. Grundlagen der empirischen Forschung

2.1. Forschungsstand: Ziviles Engagement für Menschen im Asylsystem

Nach dem ‚Sommer der Migration‘ im Jahr 2015 wurde die ‚Vermainstreamung‘ der Unterstützungsnotwendigkeit von Migrant*innen und Asylsuchenden in Deutschland Untersuchungsgegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten in der kritischen Migrations- und Sozialforschung. Besonders Beiträge, die sich mit der politischen Komponente im Engagement für Menschen im Asylsystem auseinandersetzten, gelten als relevanter Vergleichs- und Bezugspunkt für die folgende Analyse. Eine signifikante Auswahl wird hier daher kurz vorgestellt.

Hamann und Karakayalı (2016) verglichen erstmals die Mobilisierung von Freiwilligen im Migrations- und Asylkontext von 2015 bezüglich ihrer Motivationen und Selbstverständnisse mit denjenigen Engagierten, die vor 2015 aktiv wurden. Darin wurde deutlich, dass die heterogene Gruppe der neuen Freiwilligen von 2015 im Gegensatz zu ihren Vorgänger*innen ihr Engagement für Menschen im Asylsystem zu einem Großteil als „apolitical“ einordneten (ebd.: 79). So schienen die meisten Engagierten mit ihrem primär als „humanitär“ verstandenen Engagement zwar durchaus konstruktiv auf die Gesellschaft einwirken zu wollen, allerdings verstanden sie ihr Engagement deutlich seltener als „Ausdruck gegen staatliche Flüchtlingspolitik“ (Karakayalı/Kleist 2016: 4f.). Jedoch konnte die Befragung von Hamann und Karakayalı (2016: 80) auch bereits aufzeigen, dass die – für die primär aus der bürgerlichen Mitte Mobilisierten – erste Auseinandersetzung mit der strukturellen Gewalt im Asylsystem sowie die zunehmende rechte Mobilisierung im Verlauf ihres Engagements zu einer Solidarisierung mit den Unterstützten und einer ansatzweisen Kritik gegenüber einer Diskriminierung durch Autoritäten und die Mehrheitsgesellschaft führte.

⁵ Luisenstadt ist der Erhebungsstandort der empirischen Forschung, dessen Name ebenso wie die Namen der interviewten Personen zum Schutz ihrer Anonymität pseudonymisiert wurden.

In der Auseinandersetzung mit der potenziellen politischen Dimension im Engagement für Personen im Asylsystem oder auf der Flucht setzten sich einige wissenschaftliche Beiträge produktiv mit der Einordnung des *per definitionem* unpolitischen Humanitarismus im Kontext des Grenzregimes auseinander und entwarfen unter anderem Konzepte wie ein *enabling* gegenüber einem *minimalist humanitarianism* (Sinatti 2019), einen *subversive humanitarianism* (Vandevoordt/Verschraegen 2019), einen *solidary humanitarianism* (Saltiel 2020), einen *strategic humanitarianism* (Schwiertz/Steinhilper 2020) und einen *vernacular humanitarianism* (Sutter 2020), um verschiedene empirisch erhobene Ausdrucksformen der Unterstützungsarbeit zu beschreiben. Gemeinsamer Ausgangspunkt dieser Arbeiten war, dass das Grundverständnis von Humanitarismus als einseitige Hilfsstruktur und ‚neutrale‘ Nothilfe (vgl. z. B. Fassin 2011; Ticktin 2011) im Grenzregime nicht anwendbar sei, da Engagementformen für die Belange von Menschen im Asylsystem „in politically charged fields“ interveniere, die grundsätzlich von asymmetrischen Machtverhältnissen strukturiert seien (Sutter 2020: 112; ähnlich Fleischmann 2020: 13). Die angeführten Beiträge beleuchten das Machtverhältnis zwischen mehrheitsgesellschaftlichen Unterstützer*innen, dem Staat und marginalisierten und entrechteten Personen im Asylsystem und auf der Flucht aus verschiedenen Perspektiven und machen deutlich, inwiefern als humanitär gerahmtes Engagement im Endeffekt immer sowohl stabilisierende als auch destabilisierende Auswirkungen auf das staatliche Grenzregime hat. Beispielsweise beschreiben Fleischmann und Steinhilper 2017 mit dem *Hilfsdispositiv* der ‚Willkommenskultur‘ die diskursive Reduzierung und damit Depolitisierung der Unterstützungsarbeit auf die Parameter der humanitären Hilfe mit dem Effekt, letztlich die staatliche Grenzgewalt zu legitimieren und stärken (vgl. ebd.: 20). Derartige politische Implikationen können daher auch unabhängig vom Selbstverständnis einzelner Aktiver entstehen. Allerdings gebe es laut den Autor*innen auch immer Möglichkeiten für eine (Re-) Politisierung des Engagements durch eine kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen, in denen sie sich bewegen (vgl. ebd.: 22f.). Doch auch politische Intervention kann sich innerhalb oder außerhalb staatlicher Logiken bewegen. So werden beispielsweise bei Rosenberger (2018: 12) solche Formen politischer Ambition, die tatsächlichen Wandel in der Gesetzgebung (*policy adoption*) anstreben, von denjenigen unterschieden, die fallbezogenes *policymaking* bzw. *policy implementation*, d. h. die tatsächliche Umsetzung von Gesetzesrahmen, kritisieren. Letztere hinterfragen das geltende staatliche Grenz- und Asylsystem nicht, sondern setzen sich innerhalb dessen gegen eine als ungerecht empfundene Umsetzung ein, wodurch sie die geltenden Regeln jedoch grundsätzlich legitimieren. Während sich die eine Form politischer Intervention also mit Kausalitäten auseinandersetzt, richtet sich die andere vor allem nach individuellen Gerechtigkeitsempfindungen (vgl. ebd.: 13). Das skizzierte Spannungsfeld von neutraler humanitärer Hilfe mit impliziter Unterstützung staatlicher Politiken sowie verschieden ausgerichteten politischen Interventionsformen im Forschungsstand gilt als Ausgangspunkt der kommenden Analyse.

2.2. Ausgangshypothesen und Forschungsfrage

Die folgende Forschungsarbeit basiert auf zwei Ausgangshypothesen. Vor dem Hintergrund des hier nur ausschnitthaft dargelegten Forschungsstands zum Engagement der ‚Willkommenskultur‘, der vor allem auf Datenerhebungen zwischen 2015 und 2017 basiert, wird zunächst angenommen, dass sich die politische Positionierung und kollektive Praxis von längerfristig aktiven Engagierten, die sich über die kollektive ‚Krisenbewältigungssituation‘ hinaus sieben Jahre später weiterhin im Alltag für die Belange von Menschen im Asylsystem engagieren, im Vergleich zu den Beforschten der ‚Willkommenskultur‘ verändert hat. Die erste Hypothese lautet daher, dass sich die Praktiken der langfristig Engagierten

gierten – ähnlich wie die Unterstützungsstrukturen vor 2015 (vgl. Hamann/Karakayalı 2016) – wieder eindeutiger als eine kollektive politische Intervention in das staatliche Grenzregime mit Veränderungsambitionen einordnen lassen, als in Forschungen zum humanitären und unpolitischen Engagement der ‚Willkommenskultur‘ bisher erhoben wurde. Hintergrund dieser Hypothese ist die weiterhin ausbleibende staatliche Verantwortungsübernahme in ehrenamtlichen Aufgabengebieten über die ‚Krisen‘-Situation hinaus sowie eine sich seit 2015 zunehmend repressiver entwickelnde Migrationspolitik – auf nationaler (Marx 2020)⁶ und vor allem auf europäischer Ebene,⁷ die eine machtkritische Auseinandersetzung aus Engagierten-Perspektive zur Folge haben könnte. Aufgrund des Erhebungszeitraums im Juni 2022 ergab sich vor der politischen Diskussion um die Reaktion auf Fluchtbewegungen infolge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine eine weitere Hypothese. Diese besagt, dass die Auseinandersetzung mit der sichtbar werdenden Ungleichbehandlung von Geflüchteten unter langfristig Engagierten zu einer weitergehenden (macht-)kritischen Auseinandersetzung mit dem Grenzregime geführt hat, die zu Protesthaltungen und Veränderungsambitionen führen bzw. diese deutlich verstärken können.

Die aus dem Forschungsstand, den Ausgangsthesen und Vorüberlegungen abgeleitete Forschungsfrage dieser Arbeit lautet daher: Inwiefern sind die langfristig Aktiven im Engagement für Menschen im Asylsystem, unabhängig von ihren ursprünglichen Absichten und Motivationen, Teil einer sozialen (Protest-)Bewegung geworden? Die vorweggenommene Rahmung als Bewegung⁸ soll es ermöglichen, entweder eine potenzielle Annäherung ihres Engagements an die bis 2015 die Unterstützungsstrukturen dominierende Bewegung für universelle Solidarität und ‚Bewegungsfreiheit für Alle‘, die Entstehung einer neuen Bewegung mit eigenen Zielen und Strategien, oder aber die fehlenden Charakteristiken einer Bewegung im Engagement feststellen zu können.

2.3. Protestbewegung als theoretisches Werkzeug: Doing Protest

Soziale Bewegungen und Proteste entstehen grundsätzlich aus sozialen Konflikten und verfolgen in vielen Fällen das Ziel der Ermächtigung von als strukturell marginalisiert empfundenen Interessen in hegemonialen Machtverhältnissen (vgl. Nover 2009: 20). Als wiederkehrendes Mittel zivilgesellschaftlicher Intervention in verschiedensten globalen Kontexten werden sie in der Protest- und Bewegungsforschung primär bezüglich ihrer Strukturen, Strategien und Funktionen für demokratische Partizipation analysiert. Daraus haben sich verschiedene Definitionen mit essenziellen Kriterien ent-

⁶ Insgesamt ist die Migrations- und Asylpolitik in Deutschland seit 1990 von einer widersprüchlichen Rechtsprechung geprägt, die immer wieder Liberalisierungen und Restriktionen vereint (vgl. Kirchhoff/Lorenz 2018: 59). Der Koalitionsvertrag von der im November 2021 konstituierten Bundesregierung kündigte zwar teilweise Verbesserungen der Situation von Personen im deutschen Asylsystem an, z. B. fairere und schnellere Verfahren, die Auflösung der AnKER-Zentren und die Erleichterung des Familiennachzugs (vgl. Bundesregierung 2021: 4716–4771f.), bisher folgten aber keine flächendeckenden Maßnahmen zur Umsetzung. Stattdessen lässt die Beteiligung an der repressiven EU-Asylpolitik, wie z. B. der GEAS-Reform im Sommer 2023, auf einen restriktiven Kurswechsel schließen.

⁷ Zu der zunehmenden Abschottungspolitik der EU gehören unter anderem die systematische Illegalisierung von Fluchtrouten, körperliche und physische Gewalt gegenüber Migrant*innen durch Grenzbeamt*innen und die Zunahme von illegalen sogenannten *Pushbacks* an den Außengrenzen durch die EU-Grenzschutz-Agentur Frontex (vgl. z. B. Schamberger/Lenz 2022).

⁸ Wegen der massiven zivilgesellschaftlichen Mobilisierung im Jahr 2015 wurden die Engagementformen der ‚Willkommenskultur‘ in einigen Beiträgen bereits als soziale Bewegung gerahmt, jedoch meist ohne dezidierte theoretische Einordnung (z. B. Cantat/Feischmidt 2019: 380; Hamann/Karakayalı 2016: 76; Pries 2018: 48; Saliel 2020; Tietje et al. 2021: 7).

wickelt, die eine Bewegung kontextunabhängig ausmachen – zum Beispiel eine vereinte Forderung oder ein Ziel, eine gemeinsame gesellschaftliche Position der Akteur*innen und/oder ihr kollektiver (hegemonialer) Antagonist (vgl. Tilly/Tarrow 2015; della Porta/Diani 2015). Wie bereits deutlich wurde, kann der hier betrachtete Forschungsgegenstand von heterogenen Akteur*innen und Praktiken im Engagement für die Belange von Menschen im Asylsystem seit 2015 jedoch nicht unter *einer* konkreten Forderung, *einer* kollektiven Identität und *einer* definierten ‚Gegner*in‘ subsumiert werden. Vielmehr kann sich diesem mit der etwas weiteren Definition des Mikrosoziologen James M. Jasper genähert werden: „[S]ocial movements are sustained, intentional efforts to foster or retard broad legal and social changes, primarily outside the normal institutional channels endorsed by authorities“ (Jasper 2014: 5). Jaspers Definition setzt zunächst keine kollektive Identität oder einen Konsens bezüglich der Forderungen und Opposition voraus, sondern geht davon aus, dass diese innerhalb von Bewegungen unter den Beteiligten konstruktiv ausgehandelt werden müssen (vgl. ebd.: 2). Bei Jasper sind Bewegungen ‚Protest‘-Bewegungen, sobald sie Strukturen explizit kritisieren und überwinden wollen (vgl. ebd.: xi). Unter dieser Definition kann für den hiesigen Kontext argumentiert werden, dass – wenn langfristiges Engagement als kollektive Intervention im Grenzregime eine explizite *Kritik der Ausgangssituation* beinhaltet und dahingehend eine gesellschaftliche *Veränderung herbeiführen* will – diese als Protestbewegung gelten kann. Bei humanitärer Nothilfe, die keine Ansprüche für eine gesellschaftliche Veränderung formuliert, oder lediglich auf punktueller und individueller Ebene stattfindet, wäre das Kriterium einer Protestbewegung nach Jasper hingegen nicht erfüllt.

Jasper basiert seine theoretische Auseinandersetzung auf der Perspektive und Handlungsmacht des Individuums als essenzieller Bestandteil von sozialen Bewegungen. Er weist grundsätzlich die Existenz von rationalen Abwägungen in kollektiver Handlung, die die Bewegungsforschung als Prämisse lange Zeit dominierte, zurück und entwirft das Konzept *Doing Protest* als bewusste Entscheidung von Einzelpersonen, sich an Protesthandlungen zu beteiligen und darin in gemeinsamer Aushandlung Ziele und Strategien zu entwerfen (vgl. ebd.: 13). Für diese Entscheidungen seien vor allem kulturell geteilte Glaubensgrundlagen, Emotionen und vor allem Moralvorstellungen⁹ ausschlaggebend (vgl. ebd.: 8). Laut Jasper geben Bewegungen schlicht „regular people an opportunity to explore, articulate, and live out their most basic moral intuitions and principles“ (ebd.: ix). In der Betrachtung von sozialen Bewegungen aus der individuellen Perspektive ergibt sich im Gegensatz zu Bewegungstheorien aus der *Rational Choice*-Perspektive eine neue Komplexität von kollektivem Handeln, welches folglich Wahrnehmungen, Emotionen und Moralvorstellungen aller teilnehmenden Individuen zusammenbringen und aushandeln muss. Aufgrund dieser Komplexität ist bei Jasper „[s]trategic action [...] full of dilemmas and compromises“ (ebd.: 37). Im Folgenden werden nun ausgewählte Protestdimensionen (*recruitment*, *blame*, *sustaining* und *collective identity*) aus Jaspers Theorie näher dargestellt, die zusammen mit den aus der Definition entnommenen *intentional efforts* die Struktur der Analyse in Kapitel 3 bilden.

Den Erstzugang von Individuen zur Teilnahme an einer Protestbewegung (in makrosoziologischen Bewegungstheorien meist die ‚Mobilisierung‘) nennt Jasper *recruitment*. Voraussetzungen des *recruitments* sind zunächst (1) die Erkenntnis eines existierenden *sozialen* Problems, welches aufbauend auf verinnerlichten Moralvorstellungen und Werteorientierungen bei einem Individuum (2) ein

⁹ Die Moral besteht nach Jasper aus einem Set an Prinzipien, welche kulturell reproduziert und indoktriniert werden und gleichzeitig aus moralischen Intuitionen, also Gerechtigkeitsempfindungen, die Individuen spontan fühlen, entstehen (vgl. Jasper 2014: 8). Sie hat einen großen Einfluss darauf, wie Individuen sich zu bestimmten Situationen verhalten und ist in seinem Verständnis ‚das Herz‘ einer jeden Bewegung (ebd.: 29).

ausreichendes Maß an Empörung und Identifikation auslösen muss, um Passivität in Aktivität zu verwandeln (vgl. ebd.: 106), und gleichzeitig (3) als lösbar identifiziert werden muss. Dabei ist meist eine Orientierung an entworfenen Lösungsansätzen von anderen, meist bekannten, Personen oder Gruppen ausschlaggebend (vgl. ebd.: 96). Diese müssen für das Individuum vertrauenswürdig sein und eine anschlussfähige Protest-story erzählen. Nach Jasper ist zusätzlich die Illusion einer *collective identity* mit den Mitstreitenden eine wichtige Bedingung für Bewegungen: Identität kann aus seiner Perspektive zwar nie kollektiv sein, da eine monolithische Homogenität in keiner Gruppe existiert (vgl. ebd.: 114), allerdings sei die Illusion von Kollektivität in einer Bewegung eine „necessary fiction“, um Zugehörigkeitsgefühle zu erwecken und andere Personen mit ähnlichen relevanten Identitätsmerkmalen für das identifizierte Problem zu mobilisieren sowie gemeinsam Forderungen formulieren zu können (ebd.). Diese kollektive Identität ist dabei häufig an Empfindungen von Ähnlichkeit über eine soziale Gruppe gebunden, die aus ihrer Positionierung ähnliche Ziele vertritt, und priorisiert nach dem *band of brothers*-Prinzip häufig persönlich bekannte und räumlich nahe Personen über abstrakte, allgemeine Kollektivitäten (vgl. ebd.: 116). Ein Individuum kann sich allerdings auch gänzlich unbekannt Personen beim Protesthandeln anschließen (sofern es ihnen grundsätzlich zu vertrauen scheint), wenn zum Beispiel ein *moral shock* durch ein bestimmtes Ereignis die Realität des Individuums so stark durchbricht, dass seine vorhandenen Moralvorstellungen in einen akuten Wunsch nach Handlung umgesetzt werden (vgl. ebd.: 97).

Für die kollektive Formulierung von bedeutungsschaffenden Forderungen und Zielen in Bewegungen sind in Jaspers Theorie die kollektive Aushandlung von *blame* zentral – also die Frage, *wer* für das identifizierte Problem oder den Konflikt verantwortlich gemacht wird. Diese Zuordnung ist notwendig, um das identifizierte Problem als ein *soziales*, und damit sozial lösbares, anstatt als ein *natürliches* Problem zu rahmen (vgl. ebd.: 101). Zu der empfundenen Empörung gegenüber den ‚Schuldigen‘ gehört damit der Wunsch, diese auch in Verantwortung zu ziehen (vgl. ebd.: 102). Bei der rhetorischen Verortung von Verantwortlichkeiten entstehen jedoch ebenfalls Herausforderungen: „There is some tension between demonization of particular people as the perpetrators of social problems and more abstract ideologies that trace problems to impersonal systems such as capitalism“ (ebd.: 103). Die häufige Orientierung von Individuen an ersterer Ebene hänge dabei vor allem mit der schwieriger zu greifenden Abstraktionsebene der zweiten zusammen, während Handlungen von Einzelpersonen und persönliche Geschichten eher Emotionen der Empörung hervorrufen würden.

Bezüglich eines *sustaining*, also des Aufrechterhaltens bzw. langfristigen ‚Dabeibleibens‘ von Individuen als relevanten Aspekt für den Erfolg einer Bewegung, schreibt Jasper, dass Menschen wiederholt an Protestaktivitäten teilnehmen, weil es ihnen aus verschiedenen Gründen ein gutes Gefühl vermittele: “They may relish the incomparable satisfaction of being a good person, of doing the right thing, for a cause they believe in completely” (ebd.: 110). Ebenso relevant seien soziale Kontakte und Spaß bei Aktivitäten. Positive Gefühle zur Teilhabe an einer Protestbewegung sind nach Jasper also ausschlaggebender für das langfristige Engagement als die strategische Gewichtung des Problems. Für Gruppen sei allerdings besonders das Gefühl eines Momentums und eines Erfolgs (*victories*) ausschlaggebend für das *sustaining* (vgl. ebd.: 111) in Protesthandlungen. Diese Erfolge seien maßgeblich, um Misserfolge oder erlebte Grenzen der Wirksamkeit zu verarbeiten und neue Motivation zu schöpfen.

2.4. Qualitative Interviewforschung in Luisenstadt

Die Datenerhebung im Rahmen einer qualitativen Interviewforschung mit interpretativ-hermeneutischem Ansatz folgt einer anti-fundamentalistischen Ontologie und konstruktivistischen epistemologischen Perspektive. Für die empirische Datenerhebung im qualitativen Forschungsdesign wurde ein fotogestütztes diskursives Interview in Anlehnung an Harper (2002), Brake (2009) und Ullrich (2020) durchgeführt. Die Kombination der Interviewmethoden ermöglichte die Evokation von subjektiven Stellungnahmen, Einordnungen und Bewertungen der Interviewten, die miteinander in Verbindung gesetzt werden sollten, um kollektive Elemente unter den Befragten zu ergründen. Die Methodik zielt darauf ab, jeweilige Handlungsorientierungen zu dem jeweiligen Engagement zu erfassen, und die Reproduktion dieser Orientierungen in ihren Praktiken als mögliche Bewegungshandlungen nach Jasper interpretativ zu rekonstruieren. In allen Interviews wurde die Schilderung des Zugangs zum Engagement (*recruitment*), dazugehörige Motivationen und auf die mit dem Engagement verbundenen Ziele, welche mit einer eingehenden Beschreibung der jeweiligen Praktiken verbunden wurde (als mögliche *intentional efforts*), thematisiert. Weiterhin wurden Erfahrungen von (Selbst-)Wirksamkeit im Engagement sowie wahrgenommene Veränderungen auf individueller, sozialer und struktureller Ebene (*sustaining*) diskutiert. In diesem Teil wurde auch auf die politische und zivilgesellschaftliche Reaktion auf Flüchtende aus der Ukraine explizit Bezug genommen. Die (kollektive) Identifikation mit anderen Engagierten und Protesthandelnden wurde eher indirekt erhoben und analysiert: In jedem Interview wurden die gleichen sieben Bilder als Erzählstimuli eingesetzt. Fünf davon deckten verschiedene Bereiche des Engagements für Menschen im Asylsystem ab, wobei neben der Darstellung humanitärer Unterstützung (*Bild A: Kleidersammlung*) und ‚Integrations‘-Förderung¹⁰ (*Bild B: Sprachunterricht*) entsprechend der Forschungsfrage ein Fokus auf verschiedene politische Strategien im Engagement (*Bild C: Demonstration gegen rechte Gesinnung*, *Bild D: Informationsveranstaltung für Seenotrettung*, *Bild E: Sitzung im Gemeinderat*) gelegt wurde. Von den letzten beiden Bildern stellte eines symbolisch die ‚Willkommenskultur‘ (*Bild F: Willkommen heißen Einreisender am Münchener Hauptbahnhof 2015*) und ein anderes eine zentrale Forderung der transnationalen linken Bewegung (*Bild G: Graffiti „No Border, No Nation“ an einem verlassenen Geflüchteten-Lager*) dar. Die Inbezugnahme oder Kontrastierung der Bilder als verschiedene Ausprägungen einer gemeinsamen Bewegung oder als kontrastive Merkmale von getrennten und unabhängigen Einstellungen, Akteur*innen und Praktiken aus Sicht der Befragten sollten Rückschlüsse auf Orientierungen und Positionierungen der Engagierten hinsichtlich der Forschungsfrage ermöglichen.¹¹

Die letzte Datenanalyse der transkribierten Interviews erfolgte mittels einer Rekonstruktion von sozialen *Deutungsmustern* nach Ullrich (2020). Unter Deutungsmuster versteht Ullrich geteilte Handlungsorientierungen, bedeutungsschaffende Situationsdeutungen, Wertungen und Positionierungen, die Personen zur Legitimation ihrer Handlungen im Alltag nutzen. Diese können in einer Gesellschaft stark variieren, aber werden meist innerhalb einer kleineren sozialen Gruppe unbewusst geteilt

¹⁰ Insgesamt wird in dieser Arbeit eine kritische Haltung zum soziologischen Begriff der ‚Integration‘ im Migrationskontext eingenommen, da dieser die Existenz einer Gesellschaft als geschlossene Ganzheit anhand geteilter Merkmale wie Nationalität oder kultureller Identität suggeriert (vgl. z. B. Schinkel 2018: 2). In Bezug auf Migrationsprozesse verkennt dieser zum einen eine pluralistische Gesellschaftsform, zum anderen entsteht durch den eindimensionalen Integrationsbegriff implizit eine Bringschuld der Assimilation von zu Integrierenden.

¹¹ Da die Fotografien in der Datenerhebung als Erzählimpulse und Konfrontationstechnik eingesetzt wurden, sind die Bilder selbst nicht Gegenstand der Analyse, sondern ausschließlich das in den Interviews gewonnene verbale Textmaterial (vgl. Brake 2009: 378).

(ebd.: 5f). Aus individuell kommunizierten Handlungsorientierungen oder Situationsdeutungen können zunächst lediglich *individuelle Derivationen* erhoben werden, welche dann durch eine interviewübergreifende Typologisierung und Kategorisierung zu kollektiven Deutungsmustern rekonstruiert werden können. Eine Deutungsmusteranalyse folgt den drei Schritten des Verstehens, Interpretierens und der Rekonstruktion und trennt dabei schrittweise den subjektiven Sinn von geteiltem Wissen (ebd.: 120). Grundlage der folgenden Analyse waren 101 aus den Interviews rekonstruierte kollektive Deutungsmuster¹² und die jeweiligen individuellen Derivationen.

Die zehn Interviewpartner*innen¹³ wurden über ein *theoretical* sowie *empirical sampling* (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2021: 82) anhand des Kriteriums, dass sie sich (spätestens) seit 2015 in verschiedenen Kontexten für Menschen im Asylsystem in Luisenstadt engagieren, ausgewählt. Zwei der befragten Personen im Sampling (Frau Deuters und Frau Müller) waren bereits seit den Neunzigerjahren kontinuierlich in der Unterstützungsarbeit für Menschen im Asylsystem engagiert, sieben Interviewpartner*innen wurden im Rahmen der sogenannten ‚Willkommenskultur‘ 2015 aktiviert. Zur Kontrastierung vor dem Hintergrund der Forschungsfrage wurde außerdem mit Herrn Wolf eine Person befragt, die im Frühjahr 2022 für die Unterstützung Geflüchteter aus der Ukraine aktiv wurde. Die Engagementpraktiken der Befragten reichten von individueller Unterstützungsarbeit in Form von Sprachunterricht, Alltagsbegleitung und rechtlicher Unterstützung über die Leitung von Gruppen und Aktivitäten in Gemeinschaftsunterkünften bis hin zu politischer Lobbyarbeit auf kommunaler Ebene.

Hinsichtlich demografischer und soziostruktureller Merkmale war die Gruppe an befragten Engagierten relativ homogen: Die Gruppe kann im bürgerlichen und akademischen Milieu der Mehrheitsgesellschaft verortet werden; keine*r der Befragten berichtete von einer eigenen (familiären) Migrationsbiografie. Die Altersspanne reichte von etwa vierzig bis achtzig Jahre, wobei Senior*innen überproportional vertreten waren. Mit Blick auf bisherige Erhebungen bildet diese Charakterisierung eine stark repräsentierte soziale Gruppe unter den Ehrenamtlichen der ‚Willkommenskultur‘ ab.¹⁴ Der Kontakt mit der Ehrenamtskoordinatorin im Bereich Flüchtlingsarbeit der Stadt Luisenstadt (Frau Klinger) eröffnete die zusätzliche Möglichkeit eines Expert*inneninterviews, das als Hintergrund der Analyse diente, beispielsweise bestätigte sie die Repräsentativität des Samples für alle anderen Engagierten in Luisenstadt.

Der Erhebungsstandort Luisenstadt ist mit knapp 100.000 Einwohner*innen als mittelgroße Stadt einzuordnen und befindet sich in einer der einkommensstärkeren Regionen in Deutschland. Auf politischer Ebene waren bei der letzten Wahl in Luisenstadt vor allem Parteien erfolgreich, die beanspruchen, eine bürgerlich-liberale Mitte der Gesellschaft zu vertreten, im Gegensatz zu einem eher geringen Einfluss der rechtspopulistischen Partei AfD im Bundesvergleich. Luisenstadt zeichnet sich weiterhin durch eine hohe Diversität aus; knapp 25 Prozent der Einwohner*innen von Luisenstadt besitzen eine andere Staatsangehörigkeit als die deutsche, im Vergleich zu etwa 13 Prozent im Bundesdurchschnitt (BpB 2022). Zwischen 2014 und 2016 stieg die Anzahl an Asylbewerber*innen in Luisenstadt um knapp 120 Prozent an. In diesem Zuge kam es in Luisenstadt sowie umgebenden Gemein-

¹² In der folgenden Analyse werden Deutungsmuster durch einfache Anführungszeichen sowie Kursivsetzung vom Rest des Texts abgegrenzt.

¹³ Eine Darstellung der Engagementbiografie der Interviewpartner*innen findet sich im Anhang dieses Working Papers.

¹⁴ Beispielsweise beschreiben auch van Dyk et al. (2021: 459) die Engagierten als größtenteils für das Engagementfeld qualifizierte Akademiker*innen. Die Repräsentanz von Personen mit höherer Schulbildung geht auch aus der BMFSFJ-Studie (2018: 22) zu Ehrenamtlichen der ‚Willkommenskultur‘ hervor.

den zu einem erheblichen zivilgesellschaftlichen Aufschwung mit der Entstehung von achtzig Initiativen auf Landkreisebene. Infolgedessen richtete die Stadt zeitweise zwei Koordinationsstellen für Engagierte im Migrationskontext ein, die sich im Verlauf der Jahre wieder auf eine verringerte und zum Erhebungszeitpunkt durch die befragte Expertin Frau Klinger besetzt war.

3. Ergebnisse – Protestdimensionen im Engagement

Um die Forschungsfrage beantworten zu können, inwiefern die Engagierten aus Luisenstadt über den Verlauf ihres Engagements dieses mit einem sozialen Veränderungswillen verbinden, werden in den folgenden Kapiteln die in der Analyse rekonstruierten Deutungsmuster den fünf ausgewählten Protestbewegungs-Dimensionen nach Jasper (2014) zugeordnet und dargestellt. Dabei werden Übereinstimmungen und Widersprüche herausgestellt, sowie Erkenntnisse anderer Forschung zur ‚Willkommenskultur‘ 2015–2017 und theoretische Konzepte von Jasper zur weiteren Einordnung herangezogen.

3.1. *Recruitment*: Erstzugang und Motivation zum Engagement

Die Teilnahme an einer Bewegung wird nach Jasper in den meisten Fällen entweder durch die Anbindung an ein bestehendes und überzeugendes Netzwerk oder durch ein starkes Empfinden von Ungerechtigkeit ausgelöst (Kapitel 2.3). Zunächst wurden die rekonstruierten Deutungsmuster hinsichtlich der drei von Jasper formulierten Bedingungen untersucht: „People must recognize a social problem, have faith that it can be fixed, and feel sufficient indignation to get involved“ (Jasper 2014: 106).

Für sieben der zehn Befragten lässt sich ihr Zugang zum Engagement eindeutig in den Ereignissen des ‚Sommers der Migration‘ 2015 verorten. Die maßgeblich genannte Ursache dieser Entscheidung bezieht sich auf eine spontane Teilnahme an der gesellschaftlichen Massenmobilisation; so lässt sich aus ihren Interviews¹⁵ das Deutungsmuster ‚2015 war eine (Krisen-)Ausnahmesituation‘ herausarbeiten, welches direkt mit dem Beginn des Engagements verknüpft wird. Die Befragten deuteten die Situation der steigenden Neuankünfte von Asylsuchenden in Deutschland zunächst als eine strukturelle Überlastungssituation, die eine Involvierung für sie folgerichtig bzw. sinnvoll erscheinen ließ.

„Es war eine Zeit, in der man den Eindruck hatte – schon allein aufgrund der Menge der Menschen, die damals in dieser Welle gekommen sind – dass man was Sinnvolles dazu beitragen könnte.“ (Fr. Hans, 54)¹⁶

In dem Zitat wird deutlich, dass der individuellen Teilnahme an den Unterstützungsmaßnahmen eine ‚sinnvolle‘ Wirksamkeit zugeschrieben wurde. So taucht das Deutungsmuster ‚das Engagement ist eine Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und mitzugestalten‘ in fünf der Interviews eng verbunden mit der wahrgenommenen ‚Krisen‘-Situation auf. Das von den Engagierten identifizierte Problem wurde also durch ihre persönliche Involvierung als – zumindest vorübergehend und anteilig – lösbar empfunden. Herr Tietz erinnert sich: „Man sieht die Not, sieht, dass man was tun kann. Ja, dann tu ich doch was!“ (Tietz, 28). Zum einen regte die ‚Krisen‘-Situation also bei den Engagierten ein Verantwortungsgefühl als Teil einer in Anspruch genommenen Gesellschaft an, weiterhin beschrie-

¹⁵ Da das Ehepaar Herr und Frau Hans gemeinsam interviewt wurden und ihre Deutungsmuster in allen Fällen korrelieren, wird die Nennung eines Deutungsmusters in Interviews für sie gemeinsam gezählt. D. h. die Vergleichsgesamtheit bei derartigen Formulierungen sind insgesamt neun Interviews bei zehn Engagierten.

¹⁶ Die folgenden Zitationsverweise beziehen sich auf den jeweiligen Gesprächsabschnitt aus dem Interview (Name der Interviewten, Nummerierung des Abschnitts).

ben die Befragten teilweise angesichts ihrer privilegierten Lebenssituation den ‚*Wunsch, etwas zurückzugeben*‘, und ihre Kapazitäten zur Unterstützung von weniger privilegierten Personen zur Verfügung zu stellen.¹⁷ Eine *indignation* über die Situation im Jahr 2015 ist in den Rückblicken der Befragten nicht als Auslöser herauszuarbeiten. Mit Jasper (2014: 101) lässt sich dies auf eine Unterscheidung in der Situationsbewertung als ein *sozial* konstruiertes (d. h. menschengemachtes) oder als *natürliches* Problem zurückführen, denn lediglich in ersterem Fall entstehe Empörung (und damit Protesthandeln). Die Engagierten beziehen sich bei der Beschreibung des ‚Sommers der Migration‘ jedoch nicht auf durch Menschen erzeugte Fluchtursachen, europäische Grenzpolitiken oder staatliches Versagen hinsichtlich der ausbleibenden Versorgung als soziales Problem, sondern beschreiben die ‚Krisen‘-Situation vielmehr als eine objektive Gegebenheit – ähnlich wie bei einer Naturkatastrophe –, die zwar menschliches Leid verursacht und humanitäre Intervention erfordert, aber keinen Protest auslöst (vgl. ebd.: 101f.). Diese ‚neutrale‘ Deutung der Situation von 2015 führt demnach nicht zu einer Zuordnung der Verantwortung bei sozialen Akteur*innen (*blame*).¹⁸ Diese Interpretation des ‚Sommers der Migration‘ findet sich auch im Forschungsstand wieder, so schreiben beispielsweise Fleischmann und Steinhilper:

„Most importantly, the image of a ‘refugee crisis’ tends not to regard the situation as an outcome of concrete political decisions and failures but instead puts forward a depoliticized and decontextualized view of asylum and migration more broadly.“ (Fleischmann/Steinhilper 2017: 19)

Die beiden Forschenden verbinden die fehlende Analyse von politischer Verantwortlichkeit mit einer depolitisierten Ausrichtung des humanitären Engagements, die in Kapitel 3.2 weiter diskutiert wird.

Wie zuvor in Kapitel 2.3 dargestellt, ist ein *recruitment* zu einer sozialen Bewegung selten Ergebnis einer isolierten Entscheidung, sondern richtet sich stark nach den umgebenden Entwicklungen und Aktivitäten anderer Personen (vgl. Jasper 2014: 97). Daher sei ein weiteres Kriterium für die Aktivierung, dass Individuen denjenigen, die Lösungen bzw. dahingehende Strategien für das erkannte Problem anbieten, vertrauen müssen (vgl. ebd.: 106). Aus bisherigen Forschungen lässt sich entnehmen, dass das Vertrauen zu Zeiten der ‚Willkommenskultur‘ durch die hohe positive Anerkennung seitens der Zivilgesellschaft und staatlicher Autoritäten gegenüber Engagement für Menschen im Asylsystem generiert wurde, die die Teilnahme besonders attraktiv für viele Menschen machte (vgl. van Dyk et al. 2021: 450). Parallel dazu beschreiben auch die Befragten die ‚*bemerkenswerte zivilgesellschaftliche Reaktion von 2015*‘ in den Interviews als ausschlaggebend für ihre eigene Intervention. Die von den Engagierten beschriebene Auswirkung der beinahe begeisterten Massenmobilisation kann nach Jasper als *emotional contagion* (Jasper 2014: 111) gedeutet werden. Die Befragten berichten weiterhin, dass sie vor allem durch lokale Initiativen zum Engagement fanden, die aufgrund neu errichteter Gemeinschaftsunterkünfte unter Nachbar*innen und Bekannten gegründet wurden. Teilweise wurden sie auch persönlich angesprochen und um Mithilfe gebeten. Die Nähe und das Vertrauen zu an-

¹⁷ In diesem Deutungsmuster werden potenziell hegemoniale Vorstellungen von passiven ‚Hilfsbedürftigen‘ gegenüber aktiven Helfer*innen manifestiert, die in der humanitären Logik verbreitet sind, und weiter in Kapitel 3.2 thematisiert werden (vgl. Ticktin 2011).

¹⁸ Eine persönliche Betroffenheit als Ursache für Aktionismus, die eher dem Verständnis von *indignation* (Jasper 2014: 106) zugeordnet werden kann, wird bei drei Engagierten, Frau Deuters, Herr Tietz und Frau Pietsch, erst im Verlauf der Jahre durch die nähere Auseinandersetzung mit dem Asylsystem (z. B. Deuters, 9, 20) bzw. der in den folgenden Jahren erfolgenden Kriminalisierung von Seenotrettung (z. B. Pietsch, 14f.; Tietz, 38) relevant und bezieht sich nicht auf die ursprüngliche Ausgangssituation von 2015. Diese Entwicklung wird in Kapitel 3.3 weiter ausgeführt.

deren ‚Rekrutierenden‘ durch räumliche und persönliche Nähe (in Form von Nachbarschaft bzw. Bekanntschaft) können daher hier rekonstruiert werden.

Jasper geht weiterhin davon aus, dass im *recruitment* lediglich bereits verinnerlichte moralische Werteüberzeugungen in Protestpraktiken umgesetzt werden (vgl. ebd.: 96). Ebenso stellten Hamann und Karakayalı in ihrer Studie von 2016 fest, dass sich die meisten neu akquirierten Engagierten der ‚Willkommenskultur‘ vor 2015 (wenn auch passiv) grundsätzlich mit den Belangen von Asylsuchenden solidarisiert hätten: „[R]ather than mobilizing a group of citizens being entirely indifferent to the cause of refugees and migrants, the events of 2015 seem to have triggered a shift from passivity to activity“ (Hamann/Karakayalı 2016: 77). Auch die befragten Ehrenamtlichen in Luisenstadt gaben im Interview – abgesehen von den beiden bereits zuvor Aktiven Frau Deuters und Frau Müller – alle an, dass sie vor 2015 keinen Kontakt zu Menschen im Asylsystem hatten. Stattdessen beziehen sie sich, wie auch Jaspers Theorie impliziert, auf stets verinnerlichte Grundhaltungen, die die Aktivierung in der Eigendarstellung als selbstverständlich bzw. logische Konsequenz erscheinen lässt. In drei Interviews wird beispielsweise ein ‚*persönlicher religiöser oder spiritueller Glaube*‘ sowie damit verbundene Überzeugungen und Wertesysteme von Gleichheit und Gerechtigkeit als zentrale Gründe für die Intervention genannt (vgl. Brinkmann, 140–142; Deuters, 20; Tietz, 94). Bei anderen wird weiterhin ebenfalls auf eine vorherige Anbindung an kirchliche Gemeinden und Einrichtungen verwiesen (vgl. Hr. Hans, 12; Graub, 4; Müller, 9). Herr Adel bezieht sich weiterhin auf seine „humanistische“ Sozialisierung: „Hilfsbereitschaft, wechselseitiger Respekt – das ist etwas, das mich geprägt hat“ (Adel, 41). Weiterhin antworten einige Engagierte auf die Frage nach ihrem persönlichen Zugang mit ihrer grundsätzlichen Haltung als „weltoffen“ und begründen oder belegen dies mit vorherigen Kontakten zu Menschen aus diversen kulturellen und nationalen Kontexten (bspw. Brinkmann, 90; Fr. Hans, 50; Müller, 9; Tietz, 20). Eine grundsätzlich ‚*offene und positive Haltung gegenüber Geflüchteten*‘ in Abgrenzung zu kulturrassistischen Abwertungen aus anderen Teilen der Gesellschaft, die die Engagierten wahrnahmen, scheint in dem (Selbst-)Verständnis einiger der Befragten eine Zugangsvoraussetzung für die Involvierung zu sein. Die von den Engagierten beschriebene *Offenheit* ist jedoch nicht in eine Abwesenheit von homogenisierenden – positiven wie negativen – *Othering*-Praktiken¹⁹ gegenüber den Neuankommenden zu übersetzen, die eine eurozentrische Denkweise erkennbar machen (Kap. 3.2). Ein dezidierter universeller Solidaritätsgedanke mit Menschen über nationale Grenzen hinweg wird lediglich bei Frau Pietsch (36) als ausschlaggebend formuliert. Vielmehr als eine politische Überzeugung, die eine Intervention folgerichtig erscheinen lässt, scheint bei den anderen neben dem empfundenen Verantwortungsgefühl das persönliche Interesse bzw. eine grundsätzliche Neugierde gegenüber den neuankommenden Personen, einem interkulturellen Austausch sowie das Knüpfen von neuen Kontakten – und damit ein persönlicher Mehrwert – eine relevante Rolle für das *recruitment* gespielt zu haben (vgl. Brinkmann, 10; Fr. Hans, 43; Tietz, 62). Diese Erkenntnisse lassen sich wiederum gut mit den individuellen Interessen und Vorteilen, die Jasper als sekundäre Gründe zur Teilnahme an Protestbewegungen benennt, vereinen.

In einigen der bisherigen Studien zu Engagement in der ‚Willkommenskultur‘ von 2015–2017 stand die Gegenpositionierung zu rechtem Protest als zentraler Mobilisierungsfaktor im Vordergrund. Zum

¹⁹ Das von Spivak (1985) eruierte Konzept des *Othering* fußt auf postkolonialen Universalitätsansprüchen westlicher Normen bzw. der Marginalisierung nicht-westlicher Wissens- und Wertekonzepte. Das Konzept beschreibt die kulturelle Kreation von *Andersheit* aufgrund von normierten Selbstverständnissen und der Aufwertung der eigenen Position. *Othering*-Mechanismen legitimieren seit dem europäischen Imperialismus weltweit Handlungs- und Interventionsspielräume von westlichen Akteur*innen.

Beispiel verortet Karakayalı (2017) den Mitgestaltungswillen angesichts rechter Mobilisierung als einen großen Motivator für Engagement aus der ‚gesellschaftlichen Mitte‘. In den geführten Interviews begründet jedoch auch hier einzig Frau Pietsch (27) „die politischen Umstände“ als ausschlaggebend für ihre Intervention. Sie führt aus, dass sie mit ihrem Engagement der verbreiteten rechten Gesinnung in Deutschland „was anderes entgegen[setzen], ein anderes Bild öffnen und dadurch auch vielleicht ein Stückweit ein Vorbild für andere Menschen sein“ wollte (ebd., 29). In den Deutungsmustern bezüglich der Aktivierung der anderen Befragten spielt die rechte Mobilisierung jedoch keine Rolle. Auf Nachfrage – sowie in Konfrontation mit dem Bild einer Demonstration ‚gegen rechts‘ – betonen sechs Engagierte vielmehr, dass derartige Positionen in Luisenstadt kaum bemerkbar und tendenziell irrelevant für den lokalen Engagementkontext seien. So beschreibt Herr Adel Luisenstadt, im Vergleich zu anderen Städten in der grundsätzlich als „konservativ“ eingeordneten Region, als „offen“ gegenüber Menschen im Asylsystem: „Also wenn ich von anderen Städten höre, dann ist es vielleicht dort ein bisschen schwieriger geworden. Luisenstadt ist eine relativ offene Stadt [...]. Also hier läuft es eigentlich noch gut“ (Adel, 68). Ähnlich berichtet Frau Müller (51): „Ich hab‘ hier nie irgendwas Negatives abgekiegt, also die Ausländerfeindlichkeit ist hier an uns vorbeigegangen bisher.“ Die wahrgenommene Abwesenheit von rechter Gesinnung als Gefahr im lokalen Raum wird teilweise darauf zurückgeführt, dass die Stadt „schon immer einen relativ hohen Migrantenanteil“ (Fr. Hans, 80; ähnlich Wolf, 98) gehabt habe und diese aufgrund der organisch gewachsenen Diversität nicht negativ bewertet werde. Frau Hans‘ These, dass ein höherer Anteil migrantischer Bevölkerung zu einer geringeren Ausprägung rechter Proteste führt, kann grundsätzlich durch Untersuchungen gestützt werden, die eine umgekehrte Korrelation zwischen dem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in einer Region und AfD-Wahlerfolgen herausstellen (vgl. MIDEM 2019).²⁰ Dennoch ist die erklärte Abwesenheit von rechter Gesinnung und Rassismus aus Sicht des nicht-migrantischen Samples aufgrund der fehlenden Betroffenenperspektive als bedingt aussagekräftig einzuordnen. Grundsätzlich nehmen die Befragten durchaus eine gesellschaftliche Spaltung und die Bedrohung von rechts gegenüber Menschen im Asylsystem wahr, diese problematisieren und verorten sie allerdings mehr im gesamtgesellschaftlichen Diskurs und bei diskriminierenden Handlungen einzelner (s. Kapitel 3.3). Die Motivation, auch gegen diskriminierende Positionen gegenüber Menschen im Asylsystem einzustehen, wird daher in vier der Interviews – zwar nicht als ausschlaggebend für die Mobilisation, aber als durchaus relevant – angeführt.

3.2. *Intentional Efforts*: Ziele und Strategien der Engagierten

In Jaspers Definition einer Bewegung bilden die Aushandlungen von gesetzten Zielen mit dahingehenden Strategien einen essenziellen Teil, weswegen im Folgenden die von den Engagierten geäußerten Ziele und Strategien, die sie mit ihrem Engagement verbinden, dargestellt und auf Protestpotential geprüft werden. Die Verknüpfung von eigens gesetzten Zielen mit einer bestimmten Strategie wird in allen Interviews deutlich, so lässt sich beispielsweise in einem Großteil der Interviews das Deutungsmuster ‚*Nicht jedes Unterstützungsangebot ist sinnvoll*‘ herausarbeiten. Dabei wird eine Bewertung von *efforts* – sowohl von anderen Engagierten als auch von sich selbst über den Zeitver-

²⁰ Bei diesem skizzierten Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, dass Wahlerfolge der Partei AfD zwar als ein möglicher Hinweis auf die Sichtbarkeit und soziale Akzeptanz rechtskonservativer bis rechtsextremer Politik in einer Region gewertet werden können, aber keinen absoluten Maßstab für die grundsätzliche Existenz von rechtem Gedankengut bieten.

lauf – anhand der persönlichen sinnschaffenden *intentions* deutlich, deren Angleichung als erstrebenswert gilt.

Mit Rückblick auf die Anfangszeit ihres Engagements formulierten die Befragten zwei primäre Ziele: Zum einen ‚*die materielle Versorgung der Ankommenden*‘, und zum anderen das Ziel ‚*ein Willkommensgefühl im Chaos zu vermitteln*‘. Beide Ziele beziehen sich auf kurzfristige Handlungen zur Bewältigung der wahrgenommenen ‚Krisen‘-Situation, beispielsweise der Organisation von Spendensammelaktionen und -verteilungen sowie von Willkommensfesten. Diese anfänglichen Praktiken werden retrospektiv jedoch in einigen der Interviews kritisch betrachtet. So lässt sich zum einen das Deutungsmuster ‚*Die erste zivilgesellschaftliche Intervention war vor allem stimmungsbedingt und nicht sehr nachhaltig*‘ aus fünf der Interviews rekonstruieren. Die Veränderung der Ziele und Strategien über den Zeitverlauf begründen andere damit, dass ‚*die Bedarfe der Menschen sich über die Zeit verändert*‘ hätten (vgl. Deuters, 7, 11; Müller, 15; Tietz, 34): Während diese im Jahr 2015 primär unter ‚warm und trocken‘ (Tietz, 34) bzw. einer materiellen Versorgung und ersten Orientierungshilfe eingeordnet wurden, betonten Frau Deuters (22) und Herr Graub (46), dass die von ihnen begleiteten Personen langfristig vielmehr eine Unterstützung bei zukunftsgerichteten Strategien wünschten. Unterstützungsformen der ersten ‚Willkommenskultur‘-Hochphase seien kaum mehr von Interesse und wenig sinnvoll: ‚Die kommen dreimal zu einem begleitenden Kaffeetrinken, und dann eben nicht mehr, weil die sagen: ‚Bringt mir nichts, was soll ich da hingehen, wenn die mir keine Wohnung oder keinen Job beschaffen?‘‘ (Deuters, 22).

Abseits eines derartigen in dem Zitat eingenommenen Perspektivwechsels treffen die Befragten trotz der beinahe in allen Interviews präsenten Verständnis einer sinnvollen Zielsetzung, dass sich ‚*das Engagement an den Bedarfen der Unterstützten richtet*‘, kaum Aussagen dazu, wie die spezifischen Bedarfe der jeweils Unterstützten ermittelt werden. Inwiefern und ob die essenzielle Frage ‚Womit kann ich dir helfen?‘ (Saltiel 2020: 74) in den Engagementstrukturen in Luisenstadt gestellt wird, bleibt in den meisten Gesprächen uneindeutig. Lediglich Frau Pietsch (81) und Herr Adel (51) berichten in den Interviews von der Bemühung, in einer Gemeinschaftsunterkunft einen ‚Camp-Beirat‘ für die kollektive Kommunikation von Interessen der Bewohner*innen zu errichten, um systematisch Bedarfe zu ermitteln. Die Abwesenheit dieses Aspekts in den anderen Gesprächen kann entweder so interpretiert werden, dass die Bedarfe für die Engagierten selbstverständlich aus Gesprächen mit den Unterstützten entnommen werden und daher als nicht erwähnenswert gelten, oder dass die Engagierten maßgeblich ihren eigenen Bedarfsinterpretationen folgen. Die zweite These entlehnt sich aus dem Forschungsstand: So stellten Fleischmann und Steinhilper (2017: 21) fest, dass sich Unterstützungsangebote in der ‚Willkommenskultur‘ häufig nach den Verständnissen und Zielen der Freiwilligen anstatt nach den konkreten Bedarfen von Menschen im Asylsystem richteten. Diese werden damit primär als passive Hilfsempfänger*innen anstatt als wegweisende Subjekte gerahmt, wodurch neue Abhängigkeiten konstruiert und bestehende gestärkt werden (vgl. ebd.).

Diese Tendenz wird beispielsweise in einer Äußerung von Frau Hans (54) deutlich: ‚Mir geht es auch immer darum: Wenn Engagement, dann auch sinnvolles Engagement. [...] Der Erfolg hängt ja nicht von einem ab.‘ Mit letzterem Satz bezieht sie sich auf die zu erfüllende Erwartung der von ihr als ‚sinnvoll‘ erachteten Ziele durch die jeweils Unterstützten. Als entsprechend ‚sinnvoll‘ empfindet sie wie einige andere der Befragten primär das Erlernen von Sprachkenntnissen und damit verbundene schulische oder berufliche Erfolgchancen (vgl. Adel, 62; Hr. Hans, 26). Herr Graub bricht den Hintergrund dieser Zielsetzung unter dem Aspekt der anvisierten Teilhabe folgendermaßen herunter: ‚Ohne Sprache kein Job, keine Bleibe‘ (Graub, 36). Eine Erwartungshaltung an die Erfüllung von ‚Integra-

tions'-Zielen, die primär die Engagierten definieren, greift die Problematik eines eindimensionalen Integrationsbegriffs auf (vgl. Schinkel 2018). In zwei weiteren Interviews lässt sich das ähnlich gelagerte Deutungsmuster *„Man muss den Unterstützten zeigen, wie das Leben in Deutschland funktioniert“* herausarbeiten. Entsprechend bezeichnen sich beispielsweise Frau Brinkmann (3, 10) und das Ehepaar Hans (18) als „Mentoren“ für die Unterstützten. Diese Positionierung hängt unter anderem mit dem Altersunterschied der beteiligten Personen zusammen, lässt aber auch auf ein hierarchisches Verständnis der Unterstützung schließen. Neben dem Spracherwerb und einer Eingliederung in den Arbeitsmarkt thematisieren Engagierte unter den gesetzten ‚Integrations‘-Zielen die soziale Partizipation und die Eingliederung der Unterstützten in die Mehrheitsgesellschaft auf kultureller und sozialer Ebene. Dabei lässt sich in vier Interviews das Deutungsmuster *„Eine gewisse Anpassung an gesellschaftliche Konventionen ist eine Bedingung für gelungene Integration“* herausstellen. Zum Beispiel äußert Herr Hans, dass die von ihm unterstützte Person durch seine kulturelle Identität, bzw. vor allem seine Religiosität, Verantwortung an ausbleibenden ‚Integrations‘-Perspektiven trage (Hr. Hans, 60–70). In dieser und ähnlichen Äußerungen in den Interviews lassen sich Tendenzen von Paternalismus gegenüber Menschen im Asylsystem erkennen, welche von van Dyk et al. (2021) unter der „Kultur des Helfens“ beschrieben wurden: „Nicht selten [werden] dabei die Wünsche der Geflüchteten übergangen und eigene (normative) Vorstellungen etwa in Bezug auf kulturelle Integration durchgesetzt“ (ebd.: 462). Dort, wo kulturelle Identitäten als ‚Integrations‘-Hemmnisse beschrieben werden, geht es primär um Geschlechterrollenbilder und damit einhergehende Verhaltensweisen.²¹ Aus sechs Interviews kann dahingehend das Deutungsmuster *„Die kulturellen Unterschiede stellen Herausforderungen für die Unterstützungsarbeit dar“* rekonstruiert werden. An dieser Stelle kann an die in anderen Forschungen differenzierter bearbeitete Dimension von *deservingness* (etwa: ‚Verdienst‘) in der Unterstützungsarbeit angeknüpft werden (vgl. Fleischmann/Steinhilper 2017: 21; Saliel 2020: 74): So scheint für einige der Befragten eine Bereitschaft, bzw. ein zielgerichteter Wille hinsichtlich der (von den Engagierten) formulierten ‚Integrations‘-/Assimilations-Ziele eine Bedingung für die Unterstützung zu sein. Bei Verhaltensweisen, die von den Engagierten als ‚integrations‘-unwillig interpretiert werden, entstehen Frustrationsgefühle, und teilweise auch die damit legitimierte Beendigung einer Unterstützung (vgl. Adel, 91; Fr. Hans, 67; Graub, 14).

Andere Befragte interpretieren ‚Integration‘ demgegenüber als reziproke Anstrengung und kritisieren die Assimilations-Erwartungen anderer Engagierter: So zeichnet sich in fünf der Interviews das Deutungsmuster *„Man muss tolerant gegenüber Unterschieden sein“* ab. Alltagsunterstützung wird weiterhin als Ermöglichung von autonomen Teilhabeperspektiven gerahmt. Sechs Personen äußern in den Interviews (teilweise auch im Widerspruch zu eigenen paternalistischen Vorstellungen, die an anderen Stellen deutlich werden) Derivationen des Deutungsmusters *„Ziel des Engagements ist es, dass die Unterstützten ein eigenständiges, unabhängiges Leben führen“* und beziehen sich damit auf ihre ermöglichende Funktion im Sinne eines *enabling humanitarianism* nach Sinatti (2019). Unter diesem Ziel werden teilweise die Grenzen des Engagements definiert, wie beispielsweise in folgender Aussage von Herrn Adel (45): „Ich betrachte mich wie eine Art Starterbatterie im Auto: Ich versuche,

²¹ Eine ‚Ethnisierung von Sexismus‘, also die Verortung patriarchaler Machtverhältnisse in bestimmten Kulturen zur Rechtfertigung von Diskriminierung ist in Deutschland bereits seit den Neunzigerjahren ein präsenteres Argumentationsmuster (vgl. Jäger 2004) und infolge der Silvesternacht in Köln 2015/16 erneut bestärkt (vgl. Dietze 2016). Häufig wird dabei im Diskurs einer konstruierten kulturellen Identität von Migrant*innen eine ‚deutsche Identität‘ gegenübergestellt, die mit scheinbaren emanzipatorischen Idealen besetzt wird und als Norm und damit im Migrationsdiskurs als Ziel einer gelungenen ‚Integration‘ gilt.

dass sie ins Laufen kommt, aber wo sie hinfahren, ist nicht mehr meine Sache.“ Frau Deuters formuliert ähnlich das Ziel der Autonomie als zentrale Prämisse von jeglicher Unterstützungsarbeit.

„Im Grunde ist das unser Ziel: Die sollen so schnell wie möglich autark werden. Wenn die uns nicht mehr brauchen und sich nicht mehr melden, dann ist das gut so. Dann ist das ein Zeichen dafür, dass sie es alleine packen.“ (Deuters, 20)

Auffällig ist, dass vor allem Frau Müller und Frau Deuters, die schon lange in der Unterstützungsarbeit aktiv sind, die tendenziell eurozentrische und bevormundende Einstellung und Erwartungshaltung anderer Engagierter kritisieren (vgl. Deuters, 22, 36; Müller, 45), während diese mit Ausnahme von Frau Pietsch (37, 81, 97) bei den ‚neueren‘ Engagierten präsenter sind. Dahingehend berichtet Frau Deuters (26), dass sie diese Lernprozesse „natürlich schon längst alle“ hinter sich habe. Hier findet sich eine Beobachtung von Fleischmann und Steinhilper (2017: 22) wieder: „Activist groups, which were active in the field of refugee solidarity before the recent upsurge of citizens’ commitment, have long broached the issue of paternalism and problematized internal power structures.“ Durch den starken Zuwachs an Freiwilligen, die im *Hilfsdispositiv* der ‚Willkommenskultur‘ mobilisiert wurden, fanden diese demnach erneut Eingang in Unterstützungsstrukturen. Die bis hier dargelegten Ziele und davon abgeleiteten Strategien sind maßgeblich der Unterstützungsarbeit von Einzelpersonen im Bereich humanitärer Grundversorgung und ‚integrations‘-fördernder Maßnahmen zuzuordnen. Damit stimmen sie zu einem Großteil mit Forschungen zur ‚Willkommenskultur‘ überein (vgl. Hoppe-Seyler 2020; Sutter 2020). Vor allem das Ehepaar Hans, Frau Brinkmann und Herr Graub folgen dabei tendenziell staatlich (re-)produzierten Logiken von Bedürftigkeit und formulieren *keine* Veränderungsansprüche im Sinne einer Protestbewegung nach Jasper.

Ähnlich wie Hamann und Karakayalı (2016: 80) in ihrer Umfrage feststellten, führen jedoch auch bei den Befragten die Praxiserfahrungen aus der Einzelunterstützungsarbeit zu einer Konfrontation mit struktureller Gewalt und Diskriminierung von Personen im Asylsystem, die Ungerechtigkeitsempfindungen hervorrufen. Zum Beispiel erzählt Frau Brinkmann (67), sie werde durch die Unterstützungsarbeit und den Austausch „immer sensibler für Rassismus und Diskriminierung“. Herr Adel (41) erzählt von seiner Erkenntnis aus dem Engagement, dass „Deutschland auf der einen Seite ‚Willkommen‘ ruft, auf der anderen Seite die Leute stark drangsaliert.“ Dahingehend kann als Ziel auch das Deutungsmuster *‚Schutzsuchende müssen gegenüber den (repressiven) Behörden unterstützt werden, um eine Chance auf faire Behandlung zu haben‘* aus vier Interviews rekonstruiert werden. Aus einer kritischen Auseinandersetzung mit den eingeschränkten Rechten von Menschen im Asylsystem erfolgt bei den Engagierten demnach eine Anpassung ihrer Strategien, z. B.

„Ich hab‘ eben auch gemerkt, dass Gerichte zu ganz anderen – und zwar zu sehr eindeutigen – Beurteilungen kommen, als das BAMF. Das heißt, dass diese Ungleichbehandlungen, oder ‚Wir sagen erstmal zu allem Nein‘, dass das schon ein bisschen System hatte. [...] Ich wollte versuchen, dass die Dinge gerecht bearbeitet und behandelt werden, weil das auch Fairness ist.“ (Adel, 41)

Auch andere Engagierten aus der Einzelunterstützung berichten davon, behördliche Prozesse aktiv zu begleiten und mitzugestalten, aber auch stellvertretend Klagen vor Verwaltungsgerichten einzureichen bis hin zu vereinzelt Abschiebungen zu verhindern (vgl. Adel, 25; Deuters, 13, 54; Hr. Hans, 26). In diesen Praktiken wird die von Karakayalı (2017: 22) beschriebene Rolle der Ehrenamtlichen als ‚Anwält*innen‘ von Personen im Asylsystem gegenüber staatlichen Strukturen eingenommen. Durch die Vergrößerung individueller Teilhabeperspektiven innerhalb des Asylsystems können diese Formen der Unterstützung auch als subversiv eingeordnet werden (vgl. Vandevoordt/Verschraegen 2019). Dabei ist an dieser Stelle jedoch auch festzustellen, dass mit diesen Praktiken nicht zwingend

die Logik des Asylsystems an sich hinterfragt wird, sondern lediglich deren Umsetzung kontrolliert bzw. im Sinne einer gerechteren Umsetzung interveniert wird. Indem sich Herr Adel beispielsweise in Folge einer Entscheidung des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) an die Gerichte wendet, appelliert er an die Einhaltung des bestehenden Rechtsrahmens, anstatt an eine Überarbeitung oder Infragestellung dessen. Eine tatsächlich anvisierte Veränderung im Sinne eines strukturellen Wandels, „to foster social and legal changes“ (Jasper 2014: 5), ist daher hier weniger präsent als das punktuelle Einwirken auf ‚gerechte‘, d. h. regelkonforme individuelle Asylprozesse.

Neben den Personen, die sich auf individuelle Unterstützung beschränken, entwickelte eine andere Gruppe der Befragten, die ihr Engagement ebenfalls unter den Vorzeichen eines neutralen und unpolitischen Humanitarismus begann, im Verlauf der Jahre auch *intentional efforts*, die durchaus strukturelle und politische Ansprüche beschreiben und damit im Sinne der angestrebten Veränderungen einer Protestbewegung nach Jasper ausgelegt werden können. In fünf Interviews kann zunächst das Deutungsmuster ‚Ziel des Engagements ist es, Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen‘ aufgezeigt werden. Frau Müller erzählt beispielsweise von der Entwicklung von Zielen des gesellschaftlichen Wandels als Konsequenz ihres Engagements:

„[Man hat] einfach das Gefühl, dass es so wahnsinnig ungerecht ist und dass man ein bisschen was verändern möchte. [...] Also ich möchte schon einfach hier in die Gesellschaft so einwirken, dass es hier möglichst gerecht ist. [...] Ich glaub‘, man kann politisches und das persönliche Engagement nicht trennen; wir sind mit Sprachkursen und auch der Einzelfallbetreuung ganz intensiv beschäftigt und kämpfen für Aufenthaltsrechte und so weiter. Aber da merkt man ja, wenn die Rahmenbedingungen anders wären, dann wäre es ja viel leichter, also müssen wir auch an den Rahmenbedingungen arbeiten.“ (Müller, 41)

Frau Müller beschreibt hier eindrücklich, wie ein Ungerechtigkeitsempfinden auf der individuellen Ebene zu einer Auseinandersetzung mit den strukturellen Rahmenbedingungen im Asylsystem führt und aus dieser das Ziel, Veränderungen zu erwirken. Frau Müller, Frau Deuters, Frau Pietsch und Herr Tietz (sowie teilweise Herr Adel) berichten in den Interviews davon, dass sie und andere Engagierte in Luisenstadt kleine Vernetzungsstrukturen und Bündnisse gründeten, in denen sie sich austauschen, um Erkenntnisse und Forderungen aus der Unterstützungsarbeit an Verantwortliche auf städtischer Ebene zu kommunizieren. An dieser Stelle können Dimensionen von *humanitarian dissent* (Fleischmann 2020: 35) herausgearbeitet werden, der beschreibt, dass aus ursprünglich humanitär gerahmter Praxis *grassroots political action* entstehen kann. Dieser Vorgang wird von den Engagierten als kollektive Anstrengung gerahmt: „Man zieht am gleichen Strang, man hat zum großen Teil die gleichen Probleme. Man kann sich in gleicher Weise einsetzen und sozusagen für die Flüchtlinge kämpfen, unter Umständen auch gegen die Stadt“ (Deuters, 28). So verweisen die Ehrenamtlichen auch auf den *Fachrat Integration und Migration*, in dem einige von ihnen neben anderen Mitarbeiter*innen von karitativen Trägern im Migrationskontext mit der städtischen Verwaltung auf politischer Ebene zusammentreffen, um sich für die Belange der von ihnen Unterstützten einzusetzen. Ein weiteres Zitat von Frau Müller markiert hier die Verbindung zwischen Frustrationserlebnissen und der Auseinandersetzung mit dem Asylsystem im Engagement und einer gezielten Intervention auf lokaler Ebene: „Man muss mitgestalten. Und nicht nur schimpfen; sondern einfach irgendwas vor Ort oder vor der Haustüre anfangen“ (Müller, 41).

Eine andere Strategie, die unter den fünf Befragten auftaucht, ist das Schreiben von Leser*innenbriefen, was als eher unbeliebtes, aber wirksames Druckmittel gegenüber politischen Verantwortungsträger*innen beschrieben wird: „Wir haben dann auch teilweise Dinge in die Presse gebracht. Ja, es tut mir leid! [...] [E]s geht ja nicht anders“ (Tietz, 56). Weiterhin beschreibt beispielsweise Herr

Adel, dass zahlreiche Ehrenamtliche in Luisenstadt durch die Erfahrungen in der Unterstützungsarbeit erstmals an Demonstrationen teilnahmen: „Diejenigen, die sich hier gefunden haben, um zu demonstrieren, haben vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben demonstriert. Also es war für sie dann ein Anliegen, sie haben vielleicht eine Grenze überschritten“ (Adel, 79). Unter dem Ziel, auf gesellschaftliche Verhältnisse einzuwirken, wird neben kommunalpolitischen Entscheidungsträger*innen auch die Verantwortung, auf ‚gesellschaftliche Meinungsbildung einzuwirken‘, als Ziel gesetzt. Dahingehend entwickelten die Befragten Strategien, wie die Organisation von Kundgebungen und Aktionen, die im Stadtbild unter anderem auf die Kriminalisierung von Seenotrettung von flüchtenden Menschen aufmerksam machten. Mit diesen Strategien verbinden die Engagierten die Hoffnung, durch gesellschaftliche Aufmerksamkeit für das Thema erhöhten Druck gegenüber Autoritäten zu kreieren (Pietsch, 15). Frau Pietsch zog weiterhin die Konsequenz, sich selbst für die Partei DIE LINKE in den Gemeinderat wählen zu lassen, dort institutionell politische Arbeit zu leisten und sich unter anderem für die Belange von Menschen im Asylsystem einzusetzen. Diese Entscheidung begründet sie folgendermaßen mit den Grenzen der Wirksamkeit im Engagement hinsichtlich politischer Ziele:

„An diesem Punkt habe ich gemerkt: Boah, das ist so bitter, als Ehrenamtliche kann man sich zwar super engagieren, aber man stößt immer wieder an Grenzen, wo man eigentlich politisch aktiv werden müsste oder auch MUSS und wo eigentlich nur Politik was verändern kann.“ (Pietsch, 14)

Ebenfalls unter der Absicht, auf Migrationspolitik in Luisenstadt einzuwirken, wurde die lokale *Seebrücke*²²-Gruppe im Jahr 2018 von Frau Pietsch und Herrn Tietz ins Leben gerufen, die auch von Frau Deuters, Frau Müller und Herr Adel vereinzelt unterstützt wird. Diese ist – im Gegensatz zu den mit städtischen Strukturen verbundenen Vernetzungskreisen – eine gänzlich unabhängige politische Gruppe. Als eine ihrer wichtigen Aktionen wird die erfolgreiche Teilnahme an der ‚Sicherer Hafen‘-Kampagne²³ im Jahr 2020 gewertet (vgl. Pietsch, 47). Hierbei wurden erstmals nicht nur die Interessen der Menschen im Asylsystem in Luisenstadt vertreten, sondern es wurde sich für eine generell humanere Migrationspolitik eingesetzt.

Abgesehen von dieser Aktion wird eine Begrenzung der politischen Strategien auf die lokale, kommunalpolitische Ebene auffällig. In ihrer Forschung führte Fleischmann (2020: 19) ähnliche Erkenntnisse, dass sich Freiwillige mit kritischen Interventionen in die Migrations- und Asylpolitik meist auf lokale Strukturen beschränken, darauf zurück, dass die Wahrscheinlichkeit, dort durch *immediate practice* etwas zu verändern, deutlich größer angesehen wird. Auch die Engagierten erkennen den begrenzten Einfluss von kommunalem Protest gegen Asylpolitik an: „Ja, nur das Problem ist eben dabei, dass es oft gar kein kommunalpolitisches Problem ist, sondern eben eigentlich auf Bundesebene gelöst werden müsste“ (Pietsch, 33f.; ähnlich Tietz, 56, 68). Bei der Begründung schließt Frau Deuters an den von Fleischmann insinuierten Wirksamkeitsrahmen an und verortet die Veränderung vom Gesetzesrahmen gänzlich außerhalb des Erreichbaren im Engagement: „Weil letztlich kann man zwar kämpfen, aber das Gesetz kann man nicht ändern“ (Deuters, 20). Die Engagierten setzen sich zwar

²² Die *Seebrücke* ist eine zivilgesellschaftliche Initiative, die sich im Jahr 2018 im Kontext der Kriminalisierung von Fluchtrouten und Seenotrettung auf europäischer Ebene gründete. Mittlerweile setzt sich die Initiative mit verschiedenen Kampagnen auch für eine humane Migrationspolitik in Deutschland ein. Der Zusammenschluss lokaler Untergruppen versteht sich selbst als eine ‚Bewegung‘ (vgl. Seebrücke o. J.b).

²³ Die bundesweite Kampagne ‚Sichere Häfen‘ der *Seebrücke*-Bewegung setzt sich seit 2018 dafür ein, dass Städte und Gemeinden sich, unabhängig von bundesweiten Vorgaben des Innenministeriums, als aufnahmebereit für geflüchtete Personen erklären, die aus Seenot gerettet wurden, bzw. die aufgrund der europäischen Dublin-III-Regelung an den Außengrenzen festgehalten werden (vgl. Seebrücke o. J.a).

durchaus kritisch mit nationalen und europäischen Grenzpolitiken und systematischer Diskriminierung auseinander, diese werden allerdings kaum als Zielscheibe ihrer Intervention ausgemacht. Fünf der Befragten äußern tendenziell *„Sympathien zu Utopien von genereller Bewegungsfreiheit“*, diese Positionierungen werden allerdings ausschließlich in Konfrontation mit Bildmaterial („No Border, No Nation“ als Ziel der transnationalen linken Bewegung) geäußert, während in unabhängigen Aussagen über das Engagement derartige Forderungen nicht formuliert werden. Weiterhin findet sich trotz der geäußerten Sympathie zum Ideal der allgemeinen *„Bewegungsfreiheit“* auf abstrakter Ebene das Deutungsmuster *„Forderungen nach Bewegungsfreiheit und Nationalstaatskritiken sind nicht zielführend“* in sechs der Interviews wieder. Die größte Kritik der Befragten an den politischen Forderungen, die von der linksaktivistischen Bewegung geäußert werden, ist die fehlende Realisierbarkeit und strukturelle Überforderung, die offene bzw. abwesende Grenzen aus Sicht der Befragten bedeuten würden. Exemplarisch dafür gilt die Aussage von Frau Müller (81): „Ich glaube, so geht’s einfach nicht.“ Einzig für Frau Pietsch hängt die Kritik an Nationalstaaten mit Visionen für eine strukturelle Verbesserung zusammen: „*„No Border, No Nation“* [heißt], dass man sich auch eine Gesellschaft anders vorstellen könnte, OHNE dass es künstlich geschaffene Grenzen gibt, die [...] Menschen [...] ein Stückweit illegalisieren“ (Pietsch, 23). Diese Vision als abstraktes Ziel setzt sie auch an anderer Stelle als ausschlaggebend für ihr Engagement.

3.3. *Blame* oder *Powerful Allies*: Das Verhältnis zu staatlichen Behörden

Nach Jasper ist Zuordnung von *blame* ein zentraler Aspekt einer Protestbewegung: *Blame* definiert eine Solidarisierung oder Identifikation mit identifizierten ‚Opfern‘ oder Betroffenen eines Problems und erhebt daraus einen Anspruch, die ‚Schuldigen‘ zur Verantwortung zu ziehen, um Gerechtigkeit (wieder) herzustellen (vgl. Jasper 2014: 102). Wie in den letzten Kapiteln herausgestellt werden konnte, fand in den Anfangsphasen des Engagements bei den meisten Engagierten zunächst keine Zuordnung von *blame* als Ausgang der Intervention statt, während im Verlauf des Engagements zunehmend eine implizite bis explizite kritische Auseinandersetzung mit dem staatliche Asylsystem erfolgte. So taucht das Deutungsmuster *„Das Asylsystem in seiner jetzigen Form führt zu emotionaler und psychischer Belastung der Unterstützten“* in sieben der Interviews auf und wird mit einer Notwendigkeit für die Intervention verbunden. An dieser Stelle wird also durch die Einordnung des Asylsystems und behördlicher Praktiken als Ursache für eine Verschlechterung der ohnehin schon prekären Situation von Menschen im Asylsystem das identifizierte Problem als Ausgangspunkt des Engagements zu einem *sozial* konstruierten Phänomen. Von diesem lässt sich zunächst nicht direkt ableiten, ob das Asylsystem an sich als systematisch diskriminierend, oder aber als normativ richtig, aber mangelhaft in der Umsetzung bewertet wird. Auch bei näherer Betrachtung der Verortung von *blame* bleibt diese Differenzierung, parallel zu den identifizierten Zielen und Strategien, in einigen Interviews unklar bis widersprüchlich. Bis auf Herrn Wolf (89) beschreiben die Engagierten das Asylsystem in seiner jetzigen Form nicht explizit als positiv oder ‚richtig‘, sondern rahmen es anhand struktureller Schwächen als mindestens verbesserungswürdig. Die maßgebliche Kritik, die von den anderen Engagierten am Asylsystem geäußert wird, spielt sich allerdings innerhalb staatlicher Logiken von Asylrecht ab (vgl. Hr. Hans, 106; Deuters, 54; Brinkmann, 26).

Eine Verantwortung für die eingeschränkten Lebensbedingungen von Personen im Asylsystem wird von allen Engagierten unter anderem in der Arbeit der Verwaltungsbehörden angesiedelt. Dies zeigen zwei Deutungsmuster, die in allen neun Interviews präsent sind: *„Bürokratische und administrative Hürden verhindern die Chancen auf ein selbstständiges Leben der Asylsuchenden unnötig“* und *„Die*

ineffiziente bzw. ausbleibende Arbeit in den Verwaltungen und Behörden wirkt sich negativ auf die Situation von Asylsuchenden aus. Diese Deutungsmuster können aus zahlreichen Beispielen von Engagementerfahrungen rekonstruiert werden, die sich vor allem auf langwierige Entscheidungsprozesse in Behörden beziehen, die die Unterstützten an einer selbstbestimmten Teilhabe in der Gesellschaft hindern (vgl. Deuters, 54; Hr. Hans, 32; Tietz, 56). Indem die Engagierten Unverständnis über die aus ihrer Sicht *vermeidbaren* Ursachen von Entmündigung, Einschränkung und Belastung äußern, die Personen im Asylsystem erleben (vgl. Adel, 35; Hr. Hans, 106; Deuters, 54), verorten sie *blame* bei einer staatlichen Institution bzw. Vertreter*innen dieser, die als deutlich mächtiger gerahmt wird, als die von ihnen unterstützte Personengruppe. Darunter wird beispielsweise ein zu geringer Personalschlüssel in verantwortlichen Behörden kritisiert, da dieser Bearbeitungsengpässe hervorruft, welche wiederum negative Auswirkungen auf die Situation der Personen haben (vgl. Adel, 14; Tietz, 2). Auch die staatliche Betreuung für ‚Integrations‘-Prozesse von Einzelpersonen wird als mangelhaft bewertet (vgl. Adel, 47; Hr. Hans, 106). In vier Interviews werden einzelne Politiker*innen oder Entscheidungsträger*innen spezifisch für die mangelhaften Zustände für Menschen im Asylsystem in Luisenstadt verantwortlich gemacht (z. B. Adel, 74), weiterhin werden einzelne Mitarbeiter*innen im lokalen Bürgeramt für Einwanderung als „arrogant“ oder wenig hilfsbereit beschrieben (z. B. Tietz, 30). Dabei wird meistens *fehlendes Mitgefühl bzw. Verständnis gegenüber der Situation von Menschen im Asylsystem* als Ursache für ausbleibende Verantwortungsübernahme vermutet (vgl. Brinkmann, 133; Tietz, 58; Adel, 33). Herr Adel und Herr Tietz setzen dies mit einer fehlenden Bereitschaft von Mitarbeitenden der Verwaltung in Verbindung, die individuellen Biografien hinter den Dokumenten zu sehen: „Und da ist eine Akte viel einfacher zu bewältigen, als wenn man diesen Mann sieht“ (Adel, 33; ähnlich Tietz, 58).

Das moralische Unrechtsempfinden führt hier zu der von Jasper (2014: 106) beschriebenen *Empörung*, die Protesthandeln möglich macht. Mit den angeführten Punkten und Hinweisen auf Verantwortlichkeiten werden jedoch, wie auch bereits in Kapitel 3.2 thematisiert, vor allem die staatliche, behördliche Praxis kritisiert, nicht aber die grundsätzlichen Narrative des Grenzregimes bezüglich der Exklusivität von Bleiberechten und Bewegungsfreiheit. Teilweise werden diese Kategorien sogar aktiv reproduziert: Zum Beispiel indem auf Kriminalität als Ausschlussgrund für Bleiberechte Bezug genommen (vgl. Deuters, 54), oder vereinzelt das im gesellschaftlichen und politischen Diskurs präsente Deutungsmuster *„Deutschland kann schließlich nicht alle Geflüchteten aufnehmen“* aufgegriffen wird (vgl. Adel, 66; Wolf, 42, 98). In derartigen Aussagen werden Dimensionen von unterschiedlicher *deservingness* eines Bleiberechts sowie Grenzen der universellen Solidarisierung mit Schutzsuchenden deutlich. Die Verortung von *blame* auf Ebene lokaler Behörden, allen voran bei dem städtischen Bürgeramt für Einwanderung (in den Interviews: ‚Ausländerbehörde‘), führt also dazu, dass die dahinterliegenden Gesetzeslagen und Strukturen in der Kritik unberührt bleiben. Jasper beschreibt dieses Problem der Zuordnung von *blame* auf moralischer, individueller Ebene und sichtbarer Interaktionsebene im Vergleich zu Wurzeln und Strukturen eines Problems als eine relevante Herausforderung, die sich zahlreichen Bewegungen stellt. Er führt dies darauf zurück, dass persönliche Erfahrungen sichtbar und erreichbar sind, während Systemstrukturen meist zu abstrakt und ‚trocken‘ seien, um Emotionen hervorzurufen (vgl. Jasper 2014: 103).

Parallel zu der umstrittenen Zuordnung der Verantwortlichkeit ist das Verhältnis zwischen Engagierten und staatlichen Strukturen im Grenzregime komplex. Einige andere Forschungsarbeiten thematisierten unter anderem die Frage, ob die Unterstützungsangebote staatliche Strukturen herausfordern, diese um Unterstützung bitten oder sie substituieren (sollen) (vgl. Aumüller et al. 2015; Pries

2019: 15; Speth/Becker 2016; van Dyk et al. 2021). Auffällig ist dahingehend zunächst, dass das in anderen Forschungen viel thematisierte staatliche ‚Ausnutzen‘ von Ehrenamtlichen durch deren Übernahme von „activities that are typically thought to be the responsibility of the state“ (Hamann/Karakayalı 2016: 80), wie z. B. materielle Versorgung und ‚Integrations‘-Arbeit, kaum thematisiert bzw. problematisiert wird.²⁴ Vielmehr werden an verschiedenen Stellen Vor- und Nachteile der Zusammenarbeit mit städtischen Strukturen angesprochen: Auf der positiven Seite wird dieser aufgrund des Zugangs zu städtischen Fortbildungsangeboten und Vernetzungsstrukturen sowie der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für Sprachkurse und Finanzierungen von verschiedenen Aktivitäten und Projekten ein Mehrwert zugerechnet (vgl. Müller, 19, 25; Adel, 47; Deuters, 18). Zusätzlich werden auch Einzelpersonen aus dem Verwaltungssystem in ihrem positiven Effekt auf die kommunale Ausgestaltung der Migrationspolitik hervorgehoben. So wird Frau Klinger wegen ihres Einflusses auf die Möglichkeiten der Unterstützungsarbeit in Luisenstadt beinahe von allen Befragten als wichtige Figur beschrieben. Auf der anderen Seite werden an verschiedenen Stellen Interessenskonflikte in der Zusammenarbeit mit städtischen und regionalen Behörden sowie mit kirchlichen Gemeinden und wohltätigen Trägern angemerkt. Die Abwägung zwischen Vor- und Nachteilen in der Kooperation mit städtischen Akteur*innen kann mit dem von Jasper skizzierten *powerful allies dilemma* (Jasper 2014: 128) umrissen werden, nachdem mächtige Unterstützer*innen zwar Ressourcen bieten können, dabei aber auch immer zu berücksichtigende eigene Interessen verfolgen (vgl. ebd.). Beispielsweise äußert Frau Müller (19) über die städtische Unterstützung von Ehrenamtlichen, dass diese auch eine „Kontroll“- Funktion über die Ausgestaltung von Engagement haben. Weiterhin sei die Kooperation nur in den Fällen möglich, wo der Staat oder die Stadt nicht explizit herausgefordert werde (Müller, 75). Für die Möglichkeit, auch ‚gegen den Staat‘ arbeiten zu können, wird von drei Engagierten eine Unabhängigkeit der ehrenamtlichen Initiativen als essenziell betrachtet, zum Beispiel: „Ich seh‘ mich den Flüchtlingen gegenüber verantwortlich und ich will für die was tun. Und ich bin da nicht an die Regeln der Politik gebunden“ (Deuters, 18).

Das Deutungsmuster ‚Das Engagement beinhaltet eine konflikthafte Auseinandersetzung mit den städtischen Behörden‘ kommt insgesamt in sieben der Interviews vor. Die Rahmung ihres Engagements als dezidiertes ‚Kampf‘ gegen bzw. Konflikt mit städtischen oder staatlichen Autoritäten wird vor allem bei Frau Deuters, Frau Müller und Frau Pietsch sichtbar. Sie berichten von verschiedenen Situationen, in denen sie sich als „Streitpartner“ der Stadt positionierten, um kleinere Veränderungen der lokalen Migrationspolitik durchzusetzen: „Aber das sorgt dann dafür, dass sich dann eben auch was bewegt. Weil es auch nicht immer einfach ist, etwas zu erreichen, wenn man immer nur den Ball flach hält“ (Pietsch, 79; ähnlich Müller, 21). Während Frau Pietsch und Frau Müller nahelegen, dass die Wahrnehmung der Ehrenamtlichen als „ungemütlich“ und „störend“ notwendig sei, wird bei Herrn Adel (74) und Herrn Wolf (18) die Auseinandersetzung mit Behörden eher als konstruktive Hilfeleistung formuliert, die eine gemeinsame ‚vernünftige‘ Lösung als Ziel voraussetzt. Sie rahmen ihr Engagement als Unterstützung der überforderten Verwaltungsstrukturen, denen sie mit ihrem Engagement primär helfen wollen. Herr Adel betont dabei auch, dass die Strategie von Engagierten, sich zu unabhängig und konfrontativ gegenüber einer städtischen Infrastruktur aufzustellen, darin münden würde, weniger ernst genommen zu werden (vgl. Adel, 74). Es gebe gewisse Abhängigkeiten bezüglich der funktionierenden Vernetzungs- und Lobbystrukturen, in denen die Ehrenamtlichen auf ein offenes Ohr und damit gewisse Sympathien seitens der Stadt angewiesen seien, um

²⁴ Lediglich Frau Brinkmann (107) und Frau Pietsch (38) äußern Derivationen des Deutungsmusters ‚Die Behörden ruhen sich auf dem Ehrenamt aus‘.

sich für die Belange der Unterstützten durchsetzen zu können. Dieser Aspekt kann mit dem *naughty or nice dilemma* nach Jasper (2014: 101) gefasst werden. Damit differenziert Jasper Positionierungen und Taktiken, die von Autoritäten und der Mehrheitsgesellschaft akzeptiert werden (hier: harmonische Zusammenarbeit mit den Behörden) von denjenigen, die in der Kritik deutlicher auftreten und von Autoritäten unerwünscht sind (hier: die städtische Migrationspolitik aktiv ‚angreifen‘ und herausfordern).

3.4. *Sustaining*: Erfolge, Wirksamkeit und persönlicher Mehrwert

In Jaspers Theorie ist Nachhaltigkeit, bzw. das *sustaining* (Jasper 2014: 108) von Aktivitäten im Kontrast zu vereinzelt Protesthandlungen ein relevantes Kriterium von Bewegungen. Er argumentiert, dass anhaltendes Engagement vor allem auf positiven Gefühlen der Protesthandelnden beruht, die sie mit dem Engagement verbinden (vgl. ebd.). Dementsprechend widmet sich dieses Unterkapitel dem Merkmal des Samples als ‚Langzeit-Engagierte‘ im Vergleich zu den zahlreichen Freiwilligen, die im Zuge der ‚Willkommenskultur‘ mobilisiert wurden und sich parallel zu der abnehmenden medialen und politischen Präsenz wieder aus dem Engagement zurückzogen. Nach Jasper sind zunächst Erfolge oder Fortschritte (*victories*) eine relevante Bedingung für die anhaltende Beteiligung von Individuen in Protestbewegungen, um Misserfolge und Frustrationserfahrungen aufzufangen: „Victories provide [...] confidence, especially victories that follow a loss or two“ (ebd.: 112). Grundsätzlich lässt sich diese Verbindung von Erfolgen, Selbstwirksamkeit und Motivation zum Engagement an einigen Stellen der Interviews wiederfinden, wie folgende Zitate zeigen: „Und wenn du dann natürlich so erste kleine Erfolge siehst, dann pushst du weiter“ (Tietz, 42). „Das ist ja natürlich auch das, was mich sozusagen hier bei der Stange hält“ (Adel, 27). „Es tut mir gut. [...] Also es ist schon ein Stück Selbstbestätigung: Das Gefühl, ich mache was Sinnvolles in meinem Leben“ (Müller, 57). Auf der Ebene der Einzelpersonenunterstützung und den damit zusammenhängenden ‚Integrations‘-Zielen werden Erfolge vor allem in Hinblick auf biografische Entwicklungen von Unterstützten thematisiert. So erzählen beispielsweise Frau Brinkmann (176) und Herr Adel (23) mit Stolz von Schulabschlüssen oder beruflichen Erfolgen, die von ihnen unterstützte Personen erreichten. Dabei betonen sie den Einfluss, den sie auf den Lebensweg der Personen hatten. Gleichzeitig werden von Herrn und Frau Hans (60–72), Herrn Graub (14) und Herrn Adel (91) bezüglich der von ihnen gesteckten ‚Integrations‘-Ziele Grenzen der Wirksamkeit dargestellt, die bei ihnen Frustrationsgefühle auslösen. Die Grenzen stellen sie fest, wenn ihre Vorstellungen und Ziele nicht mit der Umsetzung bzw. den Entscheidungen der Unterstützten übereinstimmen (vgl. Adel, 91; Hr. Hans, 64). Derartige Frustrationserlebnisse führen in den Gesprächen jedoch kaum zu einer kritischen Reflexion der selbstgesteckten ‚Integrations‘-Ziele, stattdessen werden die ausbleibenden Erfolge den Unterstützten zugerechnet und münden teils in der Beendigung der Unterstützungsbeziehung (vgl. Adel, 91; Graub, 14, 48).

Wirksamkeit im Engagement wird aber auch hinsichtlich der Schaffung von Teilhabemöglichkeiten erwähnt. Das Deutungsmuster ‚Ehrenamtliche Unterstützung ist für Menschen essenziell notwendig, um im Asylsystem Chancen zu haben‘ kann aus sechs Interviews rekonstruiert werden. Dabei verweisen die Ehrenamtlichen auf ihre wichtige Rolle als Vermittler*innen zu weiteren Unterstützungsangeboten in Luisenstadt (z. B. Müller, 59), als Brückenbauer*innen bzw. ‚Sprungbrett‘ aufgrund ihrer Kenntnisse und Zugänge zu gesellschaftlichen Bereichen, wie dem Wohn- und Arbeitsmarkt (z. B. Pietzsch, 79; Wolf, 36), und als Vertreter*innen bzw. zivilgesellschaftliche Kontrollinstanz gegenüber den Behörden im Asylsystem (z. B. Adel, 41; Deuters, 54; Fr. Hans, 42). Entsprechend dieses Deutungsmusters werden jedoch in sieben Interviews auch staatliche Strukturen als essenzieller Grund für be-

grenzte Wirksamkeit im Ehrenamt benannt, wenn beispielsweise individuelle Anstrengungen gegen Abschiebungen erfolglos bleiben (vgl. Deuters, 54). Dieses Missverhältnis habe einen entmutigenden Effekt, welchem auch zum Teil der Rückgang des Engagements seit 2016 zugeschrieben wird: „Die Frustration ist IMMENS hoch. Und es ist sehr schwer auszuhalten für viele Menschen, dass man viel zu wenig bewegen kann“ (Deuters, 20). Im Gegensatz dazu empfinden die Befragten allerdings eine starke Loyalität zu ihrem Engagement, die sie an einem Abbruch bisher hinderte. Diese begründet sich zum einen in persönlichen Beziehungen zu einzelnen Unterstützten (vgl. Brinkmann, 37; Fr. Hans, 56), aber vor allem durch den von ihnen festgestellten kontinuierlich hohen Bedarf und die verzeichneten Erfolge (vgl. Müller, 65f.; Pietsch, 15). Einzig bei Frau Pietsch taucht als der ausschlaggebende Grund für das langanhaltende Engagement eine grundlegende Vision auf, die sie mit ihrem Engagement verbindet: „Warum macht man das trotzdem? Ich glaube, es liegt daran, weil man halt wirklich eine andere Form oder weil man ein gesellschaftliches Bild verändern, verwirklichen möchte“ (Pietsch, 36).

Vier der Befragten transportieren empfundene Frustration hinsichtlich erlebter Grenzen der Wirksamkeit in neue Engagementformen, mit denen auch neue Möglichkeiten entstehen, Erfolge zu erreichen und Wirksamkeit zu empfinden (s. Kapitel 3.2): Indem sie zum Beispiel veranlasst durch das Miterleben von Diskriminierungserfahrungen der Unterstützten öffentlichkeitswirksame Aktionen starten, die sie als sinnvoll einordnen, um „etwas in den Köpfen [der Mehrheitsgesellschaft] zu verändern“ (Graub, 70). Eine rege zivilgesellschaftliche Teilnahme an den Veranstaltungen wird beispielsweise von Frau Pietsch und Herr Tietz als Erfolg der jahrelangen Präsenz und Intervention der Ehrenamtlichen in Luisenstadt eingeordnet, der damit neue Motivation spendet.

Frau Pietsch, Frau Müller, Frau Deuters und Herr Tietz äußern darüber hinaus Derivationen des Deutungsmusters ‚*Die städtischen (Verwaltungs-)Strukturen können durch das Engagement positiv beeinflusst und verändert werden*‘. Positiv hervorgehoben wird vor allem die produktive Vernetzung von Ehrenamtlichen verschiedener Unterstützungsgruppen zur Identifikation bestimmter Probleme und kollektiven Interessensvertretung. Durch diese institutionalisierten Lobby-Plattformen für die identifizierten Belange aus der Unterstützungsarbeit fühlen sich die Engagierten gehört und ermächtigt. Frau Deuters und andere Engagierte erzählen unter anderem von diversen gewonnenen ‚Kämpfen‘, die sie gegen die staatlichen Leitungsämter für eine Verbesserung der Bedingungen für Menschen im Asylsystem führten (vgl. Deuters, 13). Genannte Beispiele für derartige Erfolge sind, dass in Luisenstadt Briefkästen für die Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften organisiert (vgl. Pietsch, 14) und bevormundende Essenspakete abgeschafft und durch autonomere Versorgungskonzepte ersetzt wurden (vgl. Müller, 21). Zuletzt leistete die Stadt infolge der Auseinandersetzung wegen des unterbesetzten Bürgeramts für Einwanderung einen Offenbarungseid (vgl. Tietz, 54). Herr Tietz (38) wertet indessen auch die erklärte Bereitschaft von Luisenstadt, weitere Menschen auf der Flucht in der Kommune aufzunehmen, als Konsequenz der Vernetzung und Lobbyarbeit von Ehrenamtlichen. Weiterhin setzen Frau Pietsch und Herr Tietz die Verstetigung der Stelle von Frau Klinger als Ehrenamtskoordination in den Rahmen einer erfolgreichen Intervention von Engagierten: „Und ich bin mir heute noch sicher, wenn das alles nicht gewesen wäre, wäre Frau Klinger nicht hier“ (Tietz, 40; ähnlich Pietsch, 79). Insgesamt wird von sechs Engagierten betont, dass sich die Situation von Menschen im Asylsystem in Luisenstadt in den letzten Jahren durchaus ‚verbessert‘ habe, was die Leistungen und Lebensbedingungen von Personen im Asylsystem angehe (vgl. z. B. Müller, 75; Tietz, 58; Fr. Deuters, 15). Frau Deuters (20) rechnet dies mit Blick auf ihre dreißigjährige Erfahrung im Engagement der „Lobby“ und dem „immensen Druck, der 2015 entstanden ist“, zu. „Es ist nicht etwa so gewesen,

dass man sich gerne und freiwillig den Flüchtlingen zugewendet hat, nur dieser politische Druck war so hoch, dass sich da was geändert hat“ (ebd.).

Unter dem Bezugsproblem des *sustaining* tauchen in der Analyse neben Erfolgen und Wirksamkeitserfahrungen allerdings auch Deutungsmuster bezüglich eines ‚persönlichen Mehrwerts‘ auf. So reflektieren die meisten der Befragten, dass ihr Engagement nicht gänzlich selbstlos sei (vgl. Adel, 27; Müller, 57; Brinkmann, 169; Wolf, 30; Fr. Hans, 54). Dabei sind vor allem die Deutungsmuster ‚*Im Ehrenamt knüpft man Kontakte und macht schöne soziale Erfahrungen*‘, ‚*Das Ehrenamt ist eine Bereicherung für die persönliche Entwicklung*‘ und zuletzt die Relevanz der ‚*Wertschätzung und Anerkennung, sowohl von Unterstützten als auch durch Andere*‘ in den Interviews präsent. Hier spiegelt sich eine Erkenntnis von Jasper wider, nach der ein Hauptgrund für langfristige Beteiligung von Individuen in Protesthandlungen schlicht die dabei empfundene Freude sei, die durch das Gefühl, etwas Gutes oder Richtiges zu tun, sowie durch einfaches Vergnügen und Kontakte entsteht (vgl. Jasper 2014: 110).

3.5. *Collective Identity* bei den Engagierten in Luisenstadt

Nach Jasper ist kollektive Identität angesichts der Komplexität von Individuen zwar immer eine Illusion, diese sei jedoch relevant für eine geschlossene Außenwirkung gegenüber Autoritäten und der umgebenden Zivilgesellschaft sowie eine Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Bewegung (vgl. Jasper 2014: 114). In diesem Unterkapitel wird daher die Bezugnahme auf *kollektive Identitäten* als Ausgangspunkt für kollektives und individuelles Handeln aus den Äußerungen der Engagierten rekonstruiert.

Vereinzelte wird in den Interviews auf eine universelle Kategorie der Gleichheit von *humanity* (Fleischmann: 2020: 33) Bezug genommen, um Ungleichbehandlungen im Grenzregime als illegitim zu rahmen (z. B. Deuters, 20). Gleichzeitig konnte bis hierhin dargestellt werden, dass einige der Engagementziele nicht übergreifend aus dem Verständnis einer gänzlich gleichwertigen Identität aller Menschen formuliert werden, sondern teilweise Spuren eines eurozentrischen Paternalismus aufweisen, der eine hegemoniale Relation zwischen konstruierten kulturellen Identitäten schafft (Kap. 3.2). Dementsprechend sind die kollektiven Identitäten ‚Wir Engagierten‘ gegenüber ‚den Geflüchteten/den Unterstützten‘ deutlich präsenter in den Interviews als eine kollektive Identität aller Beteiligten im gemeinsamen Kampf. Die skizzierte Kategorie der Unterstützten wird unter anderem durch *Otherring*-Praktiken hergestellt, in dem die Gruppe homogenisierend als *victims* ihrer eigenen Biografie (vgl. Brinkmann, 181) oder als *heroes* mit besonders positiven Eigenschaften (vgl. Brinkmann, 41; Tietz, 30) konstruiert wird (vgl. Jasper 2014: 57). Dennoch werden durch die dargelegten Unterscheidungen nach *deservingness* innerhalb dieser Kategorie Unterteilungen vorgenommen (Kap. 3.3).

Weiterhin kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Befragten sich in der Kategorie ‚Wir Engagierten‘ mit *allen* Engagierten, die sich für die Belange von Menschen im Asylsystem einsetzen, identifizieren. Während sich Herr Adel, Herr Graub, Frau Brinkmann, Herr Wolf, sowie Frau und Herr Deuters, die primär in der Einzelpersonen-Unterstützungsarbeit engagiert sind, grundsätzlich vor allem auf ihre individuelle Perspektive beziehen, ist die Konstruktion einer kollektiven Identität als Ausgangspunkt von Haltungen, Begründungen und Bewertungen bei den politisch aktiveren Engagierten Frau Müller, Frau Deuters, Frau Pietsch und Herrn Tietz präsenter. Diese wird zum einen durch persönliche Beziehungen und gemeinsame Erlebnisse (z. B. Tietz, 62), aber vor allem durch

Wirksamkeitserfahrungen von gemeinsamen Anstrengungen geschaffen (z. B. Pietsch, 81). Auch bei den vier letztgenannten Engagierten beschränkt sich das ‚Wir‘ trotz wahrgenommener Überschneidung ähnlicher Ziele mit anderen Akteur*innen jedoch maßgeblich auf ehrenamtlich Engagierte in Luisenstadt. Die ausbleibende Identifikation mit anderen Engagierten bundesweit oder darüber hinaus kann nach Jasper potenziell mit dem *band of brothers dilemma* (Jasper 2014: 116) erklärt werden: Demnach orientieren sich affektive Loyalitäten von Individuen immer stärker an bekannten Personen, kleineren Untereinheiten und lokalen Gruppierungen als mit einer ungreifbaren Bewegung oder unbekanntem großen Gruppe, die weniger Loyalitätsgefühle auslösen (vgl. ebd.).

Auf den lokalen Kontext bezogen distanzieren sich die Engagierten wiederum ebenfalls von bestimmten Akteur*innen und Engagementformen. Lediglich auf die Ereignisse von 2015 bezogen, beschreibt Frau Müller eine weitläufige Kollektivierung aller Akteur*innen, die im Kontext der ‚Willkommenskultur‘ in Luisenstadt aktiv wurden. Demnach hatte die damalige ‚Krisen‘-Situation auf lokaler Ebene einen starken Effekt auf eine vorübergehende Vereinigung verschiedener Akteur*innen: „Wir haben gerade in der Anfangszeit super zusammengearbeitet, wo man vorher eigentlich nicht unbedingt was voneinander wissen wollte. Also es ist auch ein unglaublich verbindendes Thema“ (Müller, 93). In diesem Zitat wird der von Fleischmann beschriebene *social glue* (Fleischmann 2020: 29) im Kontext der ‚Willkommenskultur‘ deutlich, der zumindest übergangsweise eine *imagined community* unter dem Zweck ähnlicher Ziele produzieren kann (vgl. ebd.).

Da in dieser Arbeit unter anderem die Rahmung einer potenziellen kollektiven Protestbewegung von Personen, die sich in Deutschland für die Belange von Menschen im Asylsystem engagieren, geprüft werden soll, werden an dieser Stelle die Äußerungen in Bezug auf die verwendeten Fotografien dezidiert betrachtet, die verschiedene Praktiken und Zugänge des Engagements abbilden. Von einigen Befragten wurde dabei zunächst eine Kollektivierung der gemeinsamen Ziele und die Zusammengehörigkeit der Praktiken hergestellt (vgl. Brinkmann, 139–141; Tietz, 84; Pietsch, 91). Demgegenüber trennen andere Befragte die Praktiken aus ihren persönlichen Erfahrungen eher voneinander und nehmen Sortierungen bzw. Priorisierungen vor, die Auf- und Abwertungen bestimmter Strategien und damit auch Akteur*innen implizieren (Kap. 3.2). Vor allem gegenüber linkspolitischen Aktionsformen wird in einigen der Interviews Skepsis geäußert. So begründet Herr Graub seine Distanzierung:

„Antifa, die sind mir zu g’spinnert [...]. Ich verbinde damit zunächst erstmal etwas, das ich ablehne. Die Antifa-Bewegung, die gehen mir einfach zu weit. Da hab‘ ich Aversionen dagegen. Nicht grundsätzlich gegen die Ziele, aber so, wie es gemacht wurde, wie die Leute sich gezeigt haben, was sie so an Aktionen gemacht haben.“ (Graub, 88–90)

Während in Kapitel 3.2 deutlich wurde, dass mit Ausnahme von Frau Pietsch die Engagierten mit der Utopie von Bewegungsfreiheit vor allem unrealistische Forderungen und Praktiken verbinden, die als nicht sinnvoll oder zielführend eingestuft werden (z. B. Deuters, 50; Fr. Hans, 108), zeigt dieses Zitat zusätzlich eine Ablehnung der damit verbundenen Akteur*innen trotz einer Sympathie für die Grundidee bzw. dahinterliegende Utopie. An Herrn Graubs Aussage wird deutlich, dass diese Distanzierung auf einer grundsätzlichen Wahrnehmung von antifaschistischem oder linksradikalem Aktivismus beruht. Nach Jasper ist das Vertrauen in Personen oder Gruppen, die eine Überzeugung repräsentieren, jedoch ausschlaggebend für einen möglichen Anschluss: „A story engages us when we like the storyteller, when we trust her or at least sympathize with her“ (Jasper 2014: 96). Wenn kein Vertrauen vorhanden ist, sei es für Menschen kaum möglich, sich Forderungen bzw. ihrer *story* – unabhängig von dem Inhalt – anzuschließen. Demnach kann die Skepsis der Engagierten gegenüber als linksradi-

kal eingeordneten Akteur*innen bereits ein Ausschlusskriterium für eine Identifikation mit den damit verbundenen Forderungen der Bewegung bezüglich des Grenz- und Migrationsregimes sein. Frau Müller deutet andererseits auch auf eine wahrgenommene fehlgeleitete Distanzierung der linken Bewegung von kollektiven Interessen mit Engagierten mit humanitären oder auch religiös begründeten Zugängen trotz geteilter Grundsätze hin:

„Was ich schade finde, wenn ich auf Demos gehe, [...] das ist unglaublich links. Und manchmal wird auch sehr polemisiert dann gegen die CDU oder was weiß ich. Und ich denk' mir immer: ‚Leute, so könnt ihr nicht auftreten, denn ihr wisst gar nicht, wie viel Leute aus der Kirche CDU-Wähler sind und aber Flüchtlingsarbeit machen wollen.‘ [...] Man müsste eigentlich dieses Gemeinsame viel stärker hervorheben. Also ich sage immer bei uns in der Pfarrgemeinde: ‚Ihr müsst als Kirche stärker auf diese Demos gehen und nicht alles den Linken überlassen.‘ Und gleichzeitig zu den linken Leuten in Luisenstadt [...]: ‚Ein gutes Teil eurer Basis stoßt ihr vor den Kopf, wenn ihr solche Dinge sagt.‘“ (Müller, 89)

In diesem Zitat stellt sie zwar gemeinsame Nenner zweier konstruierter Gruppen – der christlich-konservativen Engagierten mit humanitären Überzeugungen und der politischen Linken – heraus, markiert allerdings auch eine Unvereinbarkeit. An dieser Stelle kann das *extension dilemma* von Jasper (2014: 136) zur Erklärung herangezogen werden: Dieses beschreibt die Unvereinbarkeit zu vieler Diskrepanzen bezüglich der Forderungen, Ziele und Taktiken in Bewegungen, welche zu Splitterungen führen. Dabei tendieren Personen dazu, sich mit denjenigen zu verbinden, „who are like [them]“ (ebd.). Sie orientieren sich zum Beispiel an Geschlecht oder sozialem Status, ebenso an ihrer Generation im Vergleich zu anderen (vgl. ebd.: 137). Die Aussagen der Befragten lassen jedoch keine aussagekräftige Deutung zu, ob sie sich aus demografischen oder soziokulturellen Gründen zum Beispiel von ‚jüngeren‘, radikaleren Akteur*innen distanzieren oder ausschließlich wegen ideologischer oder strategischer Differenzen. Allerdings gibt die Homogenität der Gruppe bezüglich dieser Merkmale einen möglichen Hinweis auf die Kollektivierung nach Gruppenmerkmalen.

4. Ungleichbehandlung von geflüchteten Menschen – ein *Moral Shock*

Aufgrund des Datenerhebungszeitraums im Juni 2022, etwa dreieinhalb Monate nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und folgenden Fluchtbewegungen nach Deutschland, wurde in den Interviews auch die staatliche und zivilgesellschaftliche Reaktion gegenüber Menschen aus der Ukraine im Vergleich zu Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern thematisiert. Mit Herrn Wolf wurde nur eine Person befragt, die sich ausschließlich für Personen aus der Ukraine engagiert. Darüber hinaus sind Herr Adel, Herr Graub und Herr Tietz zusätzlich zu ihrem bisherigen Engagement seit kurzem auch in Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete aus der Ukraine involviert.

Die Engagierten aus Luisenstadt nehmen unterschiedlich Bezug auf die sichtbare staatliche Ungleichbehandlung von schutzsuchenden Menschen.²⁵ Als eine mögliche Interpretation der Ursachen lässt

²⁵ Die EU setzte am 4. März 2022 den Beschluss zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen nach Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie 2021/55/EG vom 20.07.2001 für alle Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Kraft (sog. ‚Massenzustrom-Richtlinie‘). In Deutschland folgte aus dem Beschluss die Mindestgewährung des vorübergehenden Schutzes nach §24 des Aufenthaltsgesetzes. Seit dem 01.06.2022 besteht weiterhin das Recht auf Arbeitslosengeld II bzw. Grundsicherung für Kriegsgeflohene aus der Ukraine, das Personen im Asylsystem nicht zusteht (vgl. BMAS 2022). Während noch im Sommer 2021 angesichts des Rückzugs der US-Truppen aus Afghanistan mehrere Politiker*innen verlauten ließen, 2015 – als Symbol für erstarkte Fluchtbewegungen nach Europa bzw. Deutschland – „dürfe sich nicht wiederholen“ (siehe z. B. Kappert 2021), ereignete sich die staatliche Reaktion

sich das Deutungsmuster ‚*Der solidarischere Umgang mit Flüchtenden aus der Ukraine verdeutlicht einen Lernprozess aus vorangegangenen Fehlern*‘ aus vier der Interviews rekonstruieren. Angesichts der staatlichen Unterstützung für Personen aus der Ukraine formuliert beispielsweise Frau Hans (103) Hoffnungen, dass auf EU-Ebene in Zukunft generell bessere Regelungen für Asylsuchende gefunden werden. Herr Tietz bezieht sich hingegen auf die lokale Ebene, wo die organisierten Unterstützungsstrukturen für Personen aus der Ukraine deutlich besser funktionierten als noch vor ein paar Jahren:

„Ich hab‘ so ein bisschen den Eindruck, dass die Verwaltungsspitze gedacht hat: ‚Naja, wir wollen nicht immer nur der Buhmann sein und immer in der Ecke stehen. Wir machen jetzt mal was.‘ Das heißt, die haben das viel stärker in die Hand genommen, als sie das 2016 gemacht haben.“ (Tietz, 68)

Herr Tietz weist der Unterstützungs- bzw. Lobbyarbeit der Engagierten für die Belange von asylsuchenden Menschen damit eine zentrale Rolle in der positiven Entwicklung zu. Dass die Stadt nicht wieder „der Buhmann“ sein möchte, bezieht er auf den „Druck“, den die Engagierten in der Vergangenheit ausübten und der als wirksam für eine Verbesserung auf struktureller Ebene betrachtet wird. Dabei bemerkt Herr Tietz allerdings auch, dass nicht alle Personen von dem ‚Lernprozess‘ profitieren und eine dahingehende Umsetzung noch zu erfolgen sei: „Ich freu mich für [die Ukrainer], und das können wir mal für ALLE machen“ (ebd.).

Deutlich präsenter im Vergleich zum Lernprozess ist in den Interviews das Deutungsmuster ‚*Die strukturelle Ungleichbehandlung ist systematisch und ungerecht*‘, das aus sechs der Interviews rekonstruiert werden kann. Dieses Deutungsmuster schließt an die politische Diskussion über eine ‚Zwei-Klassen-Behandlung‘ bezüglich der Behandlung von Flüchtenden in Deutschland an (vgl. z. B. Trautwein 2022; Hensel 2022). So weist Frau Deuters beispielsweise eine Interpretation der Situation als Lernprozess klar zurück: „Also da habe ich überhaupt keinen Optimismus. [...] Das ist eine Sondersituation, ich denke, dass alle anderen Flüchtlinge nach wie vor NICHT willkommen sind“ (Deuters, 38–40; ähnlich Pietsch, 36).

Neben der staatlichen Reaktion vergleichen die Engagierten ebenfalls die Reaktionen der Zivilgesellschaft in den Jahren 2015 und 2022 miteinander.²⁶ Teilweise loben die Befragten die Solidarität und immense Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft gegenüber Flüchtenden aus der Ukraine (vgl. Adel, 62; Graub, 60; Wolf, 62, 70). Auf der anderen Seite erwähnt Frau Klingler (26, 30) angesichts dieser auffallend solidarischen Reaktion auch einen „Unmut“, der sich unter den Engagierten und Personen im Asylsystem bemerkbar gemacht habe, und der auch in einigen der Interviews deutlich wird. Zum Beispiel äußern Frau Deuters und Herr Adel, dass sie vergeblich gehofft hatten, dass von den zahlreichen neuakquirierten Ehrenamtlichen Anfang 2022 auch welche an der Unterstützung für Menschen im

auf Fluchtbewegungen aus der Ukraine im Februar 2022 deutlich willkommener gegenüber Schutzsuchenden. Dementsprechend wurde eine gesellschaftliche Diskussion über die Ungleichbehandlung von geflüchteten Personen je nach Herkunftsland und mögliche rassistische Hintergründe ausgelöst (vgl. Sammann 2022; Trautwein 2022).

²⁶ Ähnlich wie im Jahr 2015 erscheint im Jahr 2022 angesichts der Neuankünfte in Deutschland eine zivilgesellschaftliche Unterstützung bei den Versorgungs- und ‚Integrations‘-Maßnahmen notwendig (vgl. Ochs et al. 2022). Ergebnissen einer ersten repräsentativen Studie des *Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung* (DeZIM) zufolge lag die Bereitschaft der Zivilgesellschaft, sich im Jahr 2022 für Personen aus der Ukraine zu engagieren, deutlich über vergleichbaren Daten in den Jahren 2015 und 2016 (vgl. Dollmann et al. 2022: 3). Die Studie stellt demnach eine Bereitschaft bei knapp der Hälfte der Zivilgesellschaft fest. Im Vergleich wurden während der ‚Willkommenskultur‘ 2015/16 etwa 25 Prozent der Gesellschaft ehrenamtlich aktiv, was sich bis 2017 auf 11 Prozent reduzierte (vgl. BMFSFJ 2018: 13, 17).

Asylsystem interessiert wären: „Es sind Leute dazugekommen, die sich aber ausschließlich nur um Ukrainerinnen kümmern wollen. Das ist schade, weil wir können die Anfragen, die wir aus unserer Unterkunft haben, nicht mehr befriedigen“ (Adel, 54; ähnlich Deuters, 36). Als mögliche Erklärung für das hohe Interesse am Engagement für Personen aus der Ukraine taucht die Deutung *„Das hohe Engagementinteresse für Personen aus der Ukraine hat mit (kultureller) Identifikation zu tun“* in sechs der Interviews auf – jedoch mit unterschiedlicher Wertung. Herr Wolf (16, 42) verknüpft sein Engagement in der Unterstützungsarbeit für Personen aus der Ukraine selbst mit einer stärkeren persönlichen Betroffenheit sowie einer größer empfundenen Identifikation und Nähe zu Ukrainer*innen, als er sie gegenüber syrischen Geflüchteten empfindet. Vorbehalte gegenüber nicht-ukrainischen Geflüchteten begründet er beispielsweise mit einem Hinweis auf die Ereignisse der Silvesternacht 2015 in Köln (vgl. Wolf, 42, 98), die im gesellschaftlichen Diskurs als eine verbreitete Legitimation für eine kritische Einstellung gegenüber Asylsuchenden gelten (vgl. dazu Dietze 2016). In den Aussagen von Herrn Wolf sowie ähnlich bei Herrn Graub (64) sind daher tendenziell (kultur-)rassistische Einstellungen und ein davon abgeleitetes stärkeres Betroffenheitsgefühl durch eine konstruierte kollektive christlich-europäische Identität mit Personen aus der Ukraine als Legitimation der Ungleichbehandlung zu rekonstruieren, wie sie auch medial diskutiert werden (vgl. z. B. Sammann 2022; Trautwein 2022). Demgegenüber kritisieren andere Befragte diese imaginierte kollektive europäische Identität als Grund für Ungleichbehandlung von geflüchteten Menschen. So stellt Frau Deuters (36–40) fest, dass Personen mit islamischer Religion und/oder Herkunft aus dem arabischen und afrikanischen Raum aktuell in der Gesellschaft unabhängig von ihren Fluchtgründen ‚nicht erwünscht‘ seien.

Des Weiteren wird aus Sicht der Engagierten eine gesellschaftlich antizipierte aussichtsreiche(re) ‚Integrations‘-Perspektive für Personen aus der Ukraine thematisiert (vgl. Deuters, 36), die mit einem angenommenen hohen Bildungsstand und Sprachkenntnissen begründet werden (vgl. Adel, 51f.), wie sie beispielsweise auch Herr Wolf (46, 96f.) als relevantes Kriterium für seine Unterstützung nennt.²⁷ Frau Pietsch (36) weist diese kollektive Einschätzung und damit verbundene Konsequenzen als zwar positiv konnotiertes, aber ebenso irreführendes, homogenisierendes Vorurteil gegenüber Geflüchteten zurück. Weiterhin scheint aus Sicht der Befragten die mit der Fluchtbewegung verbundene soziale Gruppe ‚Frauen und Kinder‘²⁸ einen Grund für die zivilgesellschaftliche Solidarität zu spielen (vgl. Tietz, 68, Müller, 55). Auch hierfür wird teilweise Verständnis (vgl. Adel, 56) und teilweise Unverständnis (vgl. Deuters, 38; Pietsch, 36) geäußert.

Von den Engagierten bewerten Herr Graub, Herr Tietz und Herr Adel das Engagement für Ukrainer*innen als mindestens genauso wichtig, bzw. betonen verbindende Elemente in ihrem Engagement. Primär beziehen sie sich bezüglich der Ungleichbehandlung auf das Deutungsmuster *„Die Situation ist eben anders als 2015“*. Eine kritischere und emotionalisierte Auseinandersetzung mit der Diskrepanz im zivilgesellschaftlichen und staatlichen Umgang mit Flüchtenden lässt sich vor allem in den Interviews mit Frau Brinkmann, Frau Deuters, Frau Pietsch und Frau Müller herausarbeiten. Als Gegenre-

²⁷ Diese Einschätzung spiegelt sich auch in einer Erhebung des *ifo Bildungsbarometers* wider, nach der das von der Gesellschaft eingeschätzte Bildungsniveau und die dahingehenden ‚Integrations‘-Chancen von ukrainischen Flüchtenden gegenüber anderen Personengruppen als relevante Faktoren für eine Ungleichbehandlung gelten: „Während aktuell die Hälfte der Befragten (50%) das Bildungsniveau der Geflüchteten als hoch einschätzt, waren es 2016 weniger als ein Viertel (22%)“ (Freundl et al. 2022: 70).

²⁸ ‚Frauen und Kinder‘ werden im Fluchtcontext, aber auch darüber hinaus, durch patriarchale Strukturen tendenziell von der Gesellschaft als schutzbedürftige und vulnerable Gruppe eingeordnet (vgl. z. B. Schweda et al. 2016).

aktion auf die festgestellte Begrenzung der zivilgesellschaftlichen Solidarität zu Personen aus der Ukraine äußern sie, sich wegen der Ungleichbehandlung explizit *nicht* für Personen aus der Ukraine engagieren zu *wollen*, zum Beispiel: „Also ich habe sehr bewusst NICHTS mit Ukrainern zu tun, denn für mich ist klar: Ich kann das nicht. Ich kann nicht mit zwei verschiedenen Kategorien von Flüchtlingen arbeiten“ (Deuters, 34; ähnlich Brinkmann vor Aufnahme). Dabei wird die Ungleichbehandlung auch persönlich auf die Ebene der Unterstützer*innen bezogen:

„Das ist für die Menschen, die bis jetzt Flüchtlinge betreut haben, [...] fast nicht auszuhalten – zu sehen, wie wir kämpfen für Flüchtlinge, und was die ukrainischen Menschen sofort kriegen. Also ich sag’ das bewusst ohne jegliche Wertung, denn selbstverständlich brauchen die alles, was man Menschen nur zugestehen kann. Aber das ist politisch völlig falsch aus unserer Sicht.“ (Deuters, 34)

Anhand zahlreicher Beispiele beschreiben die Befragten eine wahrgenommene Ungerechtigkeit mit Bezug auf die von ihnen unterstützten Personen. So erzählt Frau Brinkmann (26): „Ein Ukrainer darf sofort arbeiten. Der [*Bezug auf unterstützte Person, P.E.*] würde sich die Hacken ablaufen, wenn er was kriegen könnte, oder wenn er einen Deutschkurs kriegen könnte.“ Frau Müller (53) führt weiterhin aus, dass sich die Situation von Personen im Asylsystem durch die Inanspruchnahme der Kapazitäten zuständiger Behörden aktuell verschlechtere und daher der ohnehin bestehende Unterstützungsbedarf weiter steige. Mit derartigen Aussagen wird von den Engagierten eine Rechtfertigung für die Ungleichbehandlung unter Gesichtspunkten von Bedürftigkeit klar zurückgewiesen. Die Schuld (*blame*) dafür wird hier eindeutig bei politischen Entscheidungsträger*innen auf Bundesebene verortet und in der Gegenüberstellung werden staatliche Kategorien von *deservingness* hinsichtlich von Bleibeperspektiven hinterfragt. Indem die Engagierten die Ungleichbehandlung von geflüchteten Personen nach Nationalitäten feststellen, kritisieren sie hier erstmals die Abwesenheit der universellen Kategorie von *humanity* (Fleischmann 2020: 33), also aller Menschen als gleichwertig, im staatlichen Grenzregime. Die in diesem Kontext betonte Solidarität mit „unsere[n] Leute[n]“ (Müller, 53; ähnlich Deuters, 36; andere Engagierte zitierend Tietz, 68), die im Vergleich von Gesellschaft und Politik als „nicht gewollt“ gerahmt werden (Deuters, 38), geben Hinweise auf eine verstärkte politische Kollektivierung und Identifikation mit Asylsuchenden. Die Auseinandersetzung mit der sichtbaren Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden je nach Nationalität und kultureller Identität basiert bei den vier Engagierten Frau Pietsch, Frau Deuters, Frau Müller und Frau Brinkmann auf einer moralisch begründeten Empörung und ist in den Interviews stark emotional aufgeladen: „Ich merke, ich komm’ da auch so an meine Grenzen des Ertragbaren“ (Pietsch, 29). Die Konfrontation mit der identifizierten Ungerechtigkeit im Asylsystem kann daher für einen Teil des Samples als eine Art *moral shock* nach Jasper (2014: 99) eingeordnet werden, der Auslöser für weiteres kollektives Protesthandeln sein kann. Indem hier erstmals Narrative des Grenzregimes und damit implizierte Ungleichwertigkeit von Menschengruppen explizit kritisiert werden, können diese auch weitergehend herausgefordert werden.

5. Zusammenfassung und Diskussion der Forschungsergebnisse

Abschließend sollen die Ergebnisse der Deutungsmusteranalyse anhand von Jaspers Definition einer Protestbewegung als „sustained, intentional efforts to foster or retard broad legal and social changes, primarily outside the normal institutional channels endorsed by authorities“ (Jasper 2014: 5) noch einmal anhand der Ergebnisse der Analyse zusammengeführt werden.

Im ersten Analysekapitel konnte herausgestellt werden, dass sich der Erstzugang zum Engagement der Befragten größtenteils *nicht* mit den Merkmalen eines *recruitments* zu einer Protestbewegung mit sozialem Veränderungswillen vereinen lässt. Stattdessen deckte sich dieser mehrheitlich mit den Erkenntnissen der angeführten Forschungen zu der als neutral und humanitär gerahmten ‚Willkommenskultur‘ (vgl. van Dyk et al. 2021; Fleischmann/Steinhilper 2017). Ein Großteil der Befragten wurde durch die gesellschaftlich, medial und politisch aufgeladene ‚Krisensituation‘ im Jahr 2015 mobilisiert, zu deren Entlastung die Befragten aus einer moralischen Verpflichtung mit dem Ziel der Leidensreduktion heraus beitragen bzw. ‚helfen‘ wollten (vgl. Sutter 2020: 113).²⁹ Dafür war die breite Aktivierung der Gesellschaft und von Personen, zu denen die Engagierten Vertrauen empfanden, relevant und zuträglich. Zugrundeliegende Werteorientierungen als hinreichende Bedingungen für das Aufnehmen des Engagements bezogen sie weiterhin auf grundsätzliche Gerechtigkeitsvorstellungen sowie Eigenschaften wie ‚Weltoffenheit‘, anstatt auf dezidierte politische Überzeugungen. Wie in dieser Arbeit anhand von Jaspers Konzept des *recruitments* argumentiert wird, liegt die Abwesenheit dieser Protestdimension in der Anfangszeit des Engagements vor allem darin begründet, dass zunächst keine Verantwortlichkeiten für die Situation bei sozialen Akteur*innen verortet wurden, die Empörung auslösten und gegen die sich das Engagement richtete.

Über die Anfangszeit hinaus bezogen sich langfristige Strategien der individuellen Unterstützung von Herrn Adel, Frau und Herrn Hans sowie Frau Brinkmann vor allem auf Taktiken zur Erfüllung von ‚Integrations‘-Zielen von Einzelpersonen. Diese folgen teilweise paternalistischen Denkmustern und eindimensionalen ‚Integrations‘-Konzepten. Wie van Dyk et al. (2021) bereits aufzeigten, verstärken solche Herangehensweisen an die Unterstützung von Menschen im Asylsystem Narrative von *deservingness* und neoliberale Ideen von Leistung im Grenzregime, anstatt diese in Solidarität mit den Unterstützten zu hinterfragen und für deren Autonomie einzustehen (vgl. ebd.: 462). Die humanitär gerahmte ‚Hilfe‘ in ‚Kompliz*innenschaft‘ mit Logiken des Grenzregimes führt daher implizit zu einer Reproduktion staatlicher Gewalt, wie auch bereits Fleischmann und Steinhilper (2017: 20) argumentierten. Die Autor*innen benennen in ihrem Artikel allerdings drei Möglichkeiten, wie aus dem depolitisierten *Dispositiv des Helfens* langfristig sozialer Wandel entstehen kann (vgl. ebd.: 23). Diese können auch in Luisenstadt beobachtet werden: Die erste Möglichkeit bieten *spaces of encounter*, d. h. Begegnungsräume, in denen Freiwillige durch die Zusammenkunft mit Menschen im Asylsystem für Unrecht sensibilisiert und politisiert werden können (vgl. ebd.). In der Analyse wurde deutlich, dass die Praxiserfahrungen aus dem Engagement bei einem Großteil der befragten Engagierten dazu führte, dass sie das Asylsystem hinsichtlich der Teilhabechancen der Unterstützten als restriktiv wahrnahmen und dahingehend kritisierten bzw. sich mit den Unterstützten solidarisierten. Dieser Kritik zugrunde lagen vor allem moralische (Un-)Gerechtigkeitsempfindungen, die sich auf miterlebte Diskriminierung oder als unfair empfundene Herausforderungen im Alltag bezogen. Demnach richtet sich die Problemdiagnose dabei primär nach sichtbaren Ungerechtigkeiten, zum Beispiel einer schlechten Behandlung oder Betreuung der Unterstützten durch die lokale Ausländerbehörde oder einer Zurückweisung durch Vermieter*innen, anstatt auf eine (eher unsichtbare) systematische Unterdrückung als Ursache. Durch die Zuordnung von *blame* bei Behörden oder Personen aus der Mehrheitsgesellschaft, die im Vergleich zu Personen im Asylsystem mehr Macht haben, findet an dieser Stelle jedoch eine erste Einordnung der Ausgangssituation als *soziales* Problem statt (vgl. Jasper

²⁹ Die Basis des Engagements aufbauend auf einem primär humanitären und moralischen Wertegerüst kann allerdings auch auf den Engagementzugang der beiden Langzeit-Aktiven Frau Müller und Frau Deuters übertragen werden, die sich bereits seit den 1990er Jahren dem Engagement für Menschen im Asylsystem widmen.

2014: 101), die gleichzeitig eine Solidarisierung mit den entrechteten oder entmachteten Personen zur Folge hat. Bei einem Großteil der Befragten ist dementsprechend eine Veränderung bzw. Ergänzung der Engagementstrategien über den Verlauf der sieben Jahre festzustellen, die in Folge der sozialen Problemdiagnose über die humanitären Parameter ihrer Anfangsmotivation hinausgeht.

Die Engagierten Frau Brinkmann, Frau und Herr Hans sowie Herr Adel, die primär in der Einzelunterstützung aktiv sind, begleiten Personen bei Behördengängen und in rechtlichen Prozessen und stellen ihre Kapazitäten, ihre Ressourcen und ihr Wissen für einen erleichterten Zugang primär auf dem als unfair erlebten Wohn- und Arbeitsmarkt zur Verfügung. Durch ihr Engagement werden auf individueller Ebene die restriktiven Teilhabeperspektiven von Personen im Asylsystem vergrößert. Hier wird die zweite Möglichkeit eines politischen Wandels im *Dispositiv des Helfens*, der *stepping-stone to empowerment*, nach Fleischmann und Steinhilper (2017: 23) deutlich. Diese Dimension des Engagements kann zudem mit der Rolle von Ehrenamtlichen als ‚Anwält*innen‘ von Menschen im Asylsystem (vgl. Karakayalı 2017: 22) oder auch dem *subversive humanitarianism* (Vandevoordt/Verschraegen 2019) gerahmt werden, da hier strukturell nicht vorgesehene Teilhabezugänge geschaffen werden, die langfristig Autonomie der Personen sichern können. Dennoch kann aus den Interviews nicht flächendeckend rekonstruiert werden, dass unter dem Ziel des *empowerments* tatsächlich die paternalistischen ‚Integrations‘-Ziele hinterfragt werden.

Bei Frau Müller, Frau Deuters, Frau Pietsch, Herrn Tietz und Herrn Adel stellt sich über den Verlauf der Jahre ausgehend von der sozialen Problemdiagnose eine Protestdimension im Engagement heraus, die als *sustained, intentional efforts* mit Zielen der gesellschaftlichen Veränderung nach Jasper gefasst werden kann. Hier bildet sich die dritte Möglichkeit nach Fleischmann und Steinhilper (2017: 23) ab, wie aus humanitär gerahmtem Engagement politischer Wandel entstehen kann: Indem Engagierte in den öffentlichen Diskurs intervenieren, wird eine breitere Masse über die diagnostizierten Ungerechtigkeiten informiert und möglicherweise ebenfalls politisiert. So treten auch die Engagierten in Luisenstadt teilweise mittels öffentlichkeitswirksamer Aktionen und durch Vernetzung verschiedener Akteur*innen in kommunalpolitischen Kontexten als ‚Gegner*innen‘ der städtischen Verwaltung auf und setzen sich für eine strukturelle Verbesserung der Situation von Personen im Asylsystem in Luisenstadt ein.

Das von Jasper definierte Ziel von sozialen Bewegungen, *broad legal and social changes* anzustreben, ist sowohl in Hinblick auf eine Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen als auch auf das Kriterium *broad* nur mit Einschränkungen rekonstruierbar. Die befragten Engagierten adressieren in ihrem politischen Engagement vor allem lokale Ansprechpartner*innen anstelle von Akteur*innen und Institutionen auf der nationalen oder supranationalen Ebene. Dieser Fokus auf die lokale Anwendung von staatlicher Migrationspolitik wurde vor allem in der Auseinandersetzung mit den rekonstruierbaren *collective identities* deutlich. Die lokale Eingrenzung des politischen Engagements scheint primär daraus zu resultieren, dass die Engagierten ihren Verantwortungs- und Wirksamkeitsraum auf ihre Stadt begrenzen, wie auch in anderen Forschungen zum Engagement für Menschen im Asylsystem bereits festgestellt wurde (vgl. Hoppe-Seyler 2020; Sutter 2020; Fleischmann 2020: 19; Schwiertz/Schwenken 2020: 14). Trotz einer vereinzelt formulierten Kritik an der Logik des Asylsystems an sich, welche vor allem durch einen Teil des Samples in der Auseinandersetzung mit Reaktionen auf Geflüchtete aus der Ukraine deutlich geäußert wurde, begrenzt sich das Engagement der Engagierten daher primär auf die *policy implementation* der lokalen Behörden, anstatt auf die *policy adoption* in Form von Gesetzgebung und strukturellen Rahmenbedingungen im staatlichen Migrationsregime (vgl. Rosenberger 2018: 5). Dabei reflektieren Frau Deuters, Frau Pietsch und Herr Tietz,

dass die relevanten Entscheidungen nicht auf kommunalpolitischer Ebene getroffen werden. Trotzdem kann auf lokaler Ebene von letzteren beiden ein Einwirken auf die *policy adoption* festgestellt werden, zum Beispiel durch ihre erfolgreiche Antragstellung von Luisenstadt als ‚sicherer Hafen‘³⁰ für Menschen auf der Flucht sowie Frau Pietschs Mitgliedschaft im städtischen Gemeinderat.

Dass sich diese Aktivitäten der eher politisch Engagierten *primarily outside the normal institutional channels endorsed by authorities* abspielen, kann größtenteils bestätigt werden. Die lokalpolitischen Interventionen in Form von kleineren Lobbygruppen und Netzwerkkreisen mit anderen lokalen Akteur*innen werden zwar vereinzelt unter Unterstützung oder sogar Beteiligung der städtischen Infrastruktur durch Frau Klinger als *powerful ally* (Jasper 2014: 128) durchgeführt, dennoch richten sich diese meist gegen die kommunal institutionalisierte Asylpolitik. Weiterhin finden öffentlichkeitswirksame Protestaktionen abseits bzw. gegensätzlich zu institutionell verankerten Interessen statt. Eine Missbilligung seitens städtischer oder politischer Akteur*innen wird von einigen der Befragten dabei gerne in Kauf genommen.

Bezüglich der Einbindung in bzw. dem Verständnis einer Teilhabe an einer Protestbewegung wurde in der Forschung auch die potenzielle Anbindung an eine bundesweite oder transnationale politische Bewegung geprüft. Karakayalı (2019: 237) sowie Cantat und Feischmidt (2019: 385) argumentierten, dass die linksaktivistische Bewegung, die bis 2015 maßgeblich Unterstützungsstrukturen für Menschen im Asylsystem prägte, im Rahmen der ‚Willkommenskultur‘ durch den breiten Zuwachs an Engagierten aus dem bürgerlichen Mi-lieu in eine unpolitische Richtung weiterentwickelt wurde. Dementsprechend wurde mit dieser Forschung die Frage gestellt, ob sich die langfristig Engagierten durch eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Asylsystem den politischen Forderungen der nationalstaatskritischen Bewegung möglicherweise (wieder) annähern bzw. ähnliche Forderungen mit ihrem Engagement verbinden, oder auch eine davon gänzlich unabhängige Protestbewegung entwickeln. Aus der Analyse kann jedoch größtenteils eine beibehaltene Distanz der Engagierten zu der skizzierten transnationalen linken Bewegung und ihren systemkritischen Forderungen festgestellt werden. Primär scheint die erzählte *story* (Jasper 2014: 96) und das fehlende Vertrauen zu der linken Bewegung, die in der fotogestützten Befragungsmethode durch den Slogan „No Border, No Nation“ repräsentiert war, ein Hindernis für den Anschluss an oder die Identifikation mit der linken Bewegung zu sein. Obwohl die Engagierten an zahlreichen Stellen Kritik an Asylpolitik äußern, grenzen sich die Befragten, bis auf Frau Pietsch, von den Strategien und Forderungen der Bewegung ab, indem sie sie als unrealistisch und nicht anschlussfähig ablehnen. Diese Distanz kann auf die Verortung von *blame* und zugrundeliegenden Überzeugungen der Befragten zurückgeführt werden: Ein Großteil der Engagierten bezieht sich in ihren Äußerungen primär auf Moralvorstellungen von ‚richtig‘ vs. ‚falsch‘ und ein Ungerechtigkeitsgefühl anstatt auf ideologische Grundsätze von universeller Gleichheit oder Bewegungsfreiheit. Daher appellieren die Befragten auch eher an die Vernunft und das Mitgefühl einzelner Verantwortungsträger*innen in den Behörden und der Mehrheitsgesellschaft, sich an geltende Rechte und moralische Grundsätze zu halten, anstatt einen grundsätzlich strukturellen Umsturz des politischen Systems zu fordern. Hier kann die von Jasper angeführte Spannung zwischen einer „demonization of particular people as the perpetrators of social problems and more abstract ideologies that trace problems to impersonal systems“ (ebd.: 103) angeführt werden, die er darauf zurück-

³⁰ Derartige Erklärungen von aufnahmebereiten Städten und Kommunen haben in Deutschland aufgrund der Zuständigkeit für Einreiseregulungen auf Bundesebene bisher lediglich symbolischen Wert. Eine weitere Entwicklung dahingehend bleibt dementsprechend abzuwarten (vgl. Pauli 2022).

führt, dass ersteres durch persönliche Geschichten und Erfahrungen schlicht mehr Emotionen hervorruft als letztere. Eine erfolgreiche Rhetorik verbinde bestenfalls beide Zuordnungen von *blame* (vgl. ebd.). Dies scheint im Kontext des Engagements für die Belange von Menschen im Asylsystem jedoch als tendenziell unvereinbar wahrgenommen zu werden. So kritisierten laut Karakayalı (2019: 230) auch anders herum Freiwillige mit aktivistischem Hintergrund häufig die eher emotionsgeladene und moralische Grundhaltung der ‚neuen‘ Freiwilligen von 2015, obwohl diese nach Jasper essenziell für das Entstehen und die Verbreitung von Protest ist. Gleichzeitig kann eine zielführende Auseinandersetzung mit erlebter Diskriminierung und Repression im staatlichen Migrationsregime in Solidarität mit Personen im Asylsystem nur bedingt erfolgen, wenn die zugrundeliegenden systematischen Strukturen nicht dekonstruiert werden.

Angelehnt an die Erkenntnisse aus der Studie von Hamann und Karakayalı (2016) kann dahingehend vermutet werden, dass das homogene Sample der Befragten als Gruppe von akademisch gebildeten Personen ohne Migrationsbiografie einen Einfluss auf ihre tendenziell zurückhaltende bis ablehnende Haltung gegenüber radikaler Kritik hat: Die Autor*innen stellten fest, dass viele Engagierte aus der mehrheitsgesellschaftlichen Mittelschicht vor ihrem Engagement wenig bis keine Erfahrung mit struktureller Gewalt gemacht haben und sich durch die Unterstützungsarbeit erstmals damit auseinandersetzten (vgl. ebd.: 80). Durch die dargelegte individualisierte Perspektive auf Ungerechtigkeit im Engagement ist daher die materielle und essenzielle Dimension möglicherweise nicht gleichermaßen sichtbar oder nachvollziehbar. Weiterhin bemerkten Hamann und Karakayalı in ihrer Umfrage Diskrepanzen in der politischen Positionierung zwischen Generationen, bei denen die jüngeren Befragten ihr Handeln deutlicher als Protesthandeln gegenüber dem Staat rahmen als die älteren (vgl. ebd.: 83). Hinsichtlich des durchschnittlich eher fortgeschrittenen Alters der Befragten ist zumindest die Beobachtung nennenswert, dass die drei jüngeren Befragten Frau Pietsch, Herr Tietz und Frau Müller im Sample zu denjenigen gehören, die sich am deutlichsten machtkritisch artikulieren und formieren; in der Aussagekraft ist diese Erkenntnis allerdings aufgrund des kleinen Samples und seiner Altersspanne stark begrenzt. Zuletzt hat der Engagementkontext am Erhebungsstandort Luisenstadt, an dem die Engagierten zum einen strukturell stark von städtischer Seite unterstützt werden und zum anderen rechter Gegenprotest eine kleine Rolle zu spielen scheint, möglicherweise Einfluss auf die systemkritische Problemanalyse im Engagement. Beispielsweise stellen Schwiertz und Schwenken (2020) in ihrer Studie zu Fluchthilfeinitiativen an den politisch hoch umkämpften europäischen Außengrenzen eine größere Bereitschaft der Aktiven fest, sich explizit herausfordernd gegenüber staatlicher Asylpolitik zu positionieren. Auch das von Karakayalı (2019: 236) thematisierte Mobilisierungs- und Politisierungspotenzial durch die wahrgenommene Bedrohung von rechts bleibt in Luisenstadt gering.

Dennoch muss der ausbleibende Anschluss der Engagierten an die politischen Forderungen nach universeller Gleichheit und Bewegungsfreiheit aller Menschen nicht dahingehend bewertet werden, dass die Engagierten in Luisenstadt nicht Teil einer Protestbewegung sind bzw. sein können. Mit der abschließenden Einordnung schließe ich an Fleischmann an, die die Dimension politischer Handlung im Grenzregime folgendermaßen rahmt:

„I would [...] argue that political action in migration societies does not necessarily need to be formulated in opposition to ‘the state’, as is the case with no border activism, while political transformation does not always happen in a linear fashion, proceeding upwards from an entity imagined as ‘civil society’ openly counteracting ‘the state’.“ (Fleischmann 2020: 39)

Die in den Interviews tendenziell ausbleibende Kritik am Staat wird auch in dieser Forschung nicht als eine Abwesenheit von politischer Handlung und Teilhabe an einer sozialen Bewegung mit Veränderungsabsichten gedeutet. Stattdessen möchte ich anhand der Analyse nach Jasper argumentieren, dass die kollektive Intervention der befragten Engagierten teilweise durchaus auf eine transformative Ausgestaltung des (lokalen) Migrationsregimes abzielt.

Die zehn befragten Engagierten lassen sich demnach in zwei (bzw. drei) Gruppen aufteilen, die allerdings nicht ganz trennscharf sind, da auch innerhalb von Interviews Ambivalenzen auftreten: Die zwei Langzeit-Aktiven Frau Deuters und Frau Müller sowie Frau Pietsch und Herr Tietz (sowie teilweise Herr Adel), welche sich gemeinsam mit anderen Engagierten in verschiedenen Gremien und Vernetzungsgruppen organisieren, stehen für die ‚politische‘ Fraktion des Samples. Sie setzen sich (macht-)kritisch mit dem Asylsystem auf lokaler Ebene auseinander und intervenieren durch politische Interessensvertretung und öffentlichkeitswirksame Aktionen in das lokale Grenzregime. So verzeichnen sie auch außerhalb der *political arena* Erfolge, indem sie durch ihr Handeln auf Haltungs- und Meinungsbildung anderer Einfluss nehmen (vgl. Jasper 2014: 172). Angesichts der dargelegten erlebten Erfolge durch ihre Intervention trägt dieser Teil der Engagierten daher zu einem transformativen Prozess auf lokaler Ebene bei, sodass ihren Praktiken essenzielle Merkmale eines – räumlich begrenzten – *kollektiven* Protesthandelns nach Jasper nachgewiesen werden können. Ihnen gegenüber stehen die vier auf Einzelunterstützung fokussierten Engagierten Herr Adel, Frau und Herr Hans sowie Frau Brinkmann, die zwar bezüglich ihrer ‚Integrations‘-Definitionen in ihrem Engagement teilweise hegemoniale Narrative im Grenzregime reproduzieren, aber gleichzeitig Restriktionen der Autonomie von Asylsuchenden kritisieren und durch ihre Alltagsunterstützung und Vertretung gegenüber Behörden nicht vorhergesehene Räume für Teilhabeperspektiven der Unterstützten schaffen. Das Engagement dieser Befragten kann durch die größtenteils ausbleibende kollektive Anbindung und fehlende Absicht auf soziale oder politische Veränderung daher als *individuelles* Protesthandeln gedeutet werden, jedoch nicht als Teilhabe an einer Protestbewegung nach Jasper. Zuletzt stehen die beiden Engagierten Herr Graub und Herr Wolf, die sich zwar beide auf abstrakter Ebene vereinzelt kritisch mit staatlicher Asyl- und Migrationspolitik auseinandersetzen, in ihrer Praxis allerdings keine Proteststrategien aufweisen, die auf eine Veränderung der Situation abzielen.

Die empirische Forschung konnte demnach zeigen, dass ungeachtet einer unpolitischen Ausgangsposition im Kontext von humanitären bzw. neutralen Hilfsambitionen anhaltendes Engagement für Menschen im Asylsystem zu Veränderungswünschen und damit zu kollektivem und individuellem Protesthandeln führen kann. Der Entwicklung von Veränderungsambitionen zugrunde liegt dabei vor allem die Wirkmacht, Einordnungen von (Un-)Gerechtigkeit vorzunehmen, wie unter anderem in der Gegenüberstellung von Geflüchteten nach verschiedenen Herkunftsländern oder den gezogenen Konsequenzen aus miterlebter Diskriminierung deutlich wurde. Die jeweilige Einordnung und Bewertung dieser Ungerechtigkeit sowie daraus folgenden Konsequenzen richten sich dabei stark an verinnerlichten Glaubenssätzen und Deutungen über die soziale Welt sowie an lokalen Kontextbedingungen und der Orientierung an ‚Gleichgesinnten‘ einer sozialen Gruppe, wie mittels der Theorieanwendung deutlich wurde.

6. Literaturverzeichnis

- Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Robert Bosch Stiftung. Online: <https://repository.difu.de/jspui/bitstream/difu/259611/1/—DB2490.pdf> (Zugriff 25.10.2022).
- BMAS, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2022): Fragen und Antworten für Geflüchtete aus der Ukraine. Online: <https://www.bmas.de/DE/Europa-und-die-Welt/Europa/Ukraine/FAQ-DE/faq-art-de.html> (Zugriff 25.09.2022).
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018): Engagement in der Flüchtlingshilfe. Ergebnisbericht einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach. Online: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/engagement-in-der-fluechtlingshilfe-122012> (Zugriff 30.09.2022).
- BpB, Bundeszentrale für politische Bildung (2022): Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Online: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/> (Zugriff 10.10.2022).
- Brake, Anna (2009): Photobasierte Befragung. In: Kühl, Stefan/Strodtholz, Petra/Taffertshofer, Andreas (Hrsg.): Handbuch Methoden der Organisationsforschung. Quantitative und Qualitative Methoden. Wiesbaden: Springer VS, S. 369–388.
- Bundesregierung (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Online: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800> (Zugriff 20.10.2022).
- Cantat, Celine/Feischmidt, Margit (2019): Conclusion. Civil Involvement in Refugee Protection – Reconfiguring Humanitarianism and Solidarity in Europe. In: Feischmidt, Margit/Pries, Ludger/Cantat, Celine (Hrsg.): Refugee Protection and Civil Society in Europe. Cham: Palgrave Macmillan, S. 379–399.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario (Hrsg.) (2015): The Oxford Handbook of Social Movements. Oxford: Oxford University Press.
- Dietze, Gabriele (2016): Das ‚Ereignis Köln‘. In: *Femina politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 25 (1), S. 93–102.
- Fassin, Didier (2011): *Humanitarian Reason. A Moral History of the Present*. University of California Press.
- Fleischmann, Larissa (2020): *Contested Solidarity – Practices of Refugee Support between Humanitarian Help and Political Activism*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Fleischmann, Larissa/Steinhilper, Elias (2017): The Myth of Apolitical Volunteering for Refugees. German Welcome Culture and a New Dispositif of Helping. In: *Social Inclusion*, 5 (3), S. 17–27.
- Freundl, Vera/Kugler, Franziska/Wedel, Katharina/Werner, Katharina/Wößmann, Ludger (2022): Bildungspolitische Maßnahmen zur Integration der Geflüchteten aus der Ukraine. Was die Deutschen befürworten. In: *ifo Schnelldienst*, 75 (9), S. 70–74.
- Hamann, Ulrike/Karakayalı, Serhat (2016): Practicing Willkommenskultur. Migration and Solidarity in Germany. In: *Intersections*, 2 (4), S. 69–86.
- Harper, Douglas (2002): Talking about Pictures. A Case for Photo Elicitation. In: *Visual Studies*, 17 (1), S. 13–26.

- Hensel, Frank Johannes. (2022): Integrationschancen für alle Geflüchteten verbessern! Caritas in NRW. Online: <https://www.caritas-nrw.de/magazin/2022/artikel/integrationschancen-fuer-alle-gefluechteten-verbessern-26bd41d4-165b-4bc2-beef-403dd961652d> (Zugriff 29.09.2022).
- Herbert, Ulrich/Schönhagen, Jakob (2020): Vor dem 5. September. Die „Flüchtlingskrise“ 2015 im historischen Kontext. APuZ, Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/312832/vor-dem-5-september/> (Zugriff 29.09.2022).
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (2017): Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes. In: Ebd. (Hrsg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin: Assoziation A, S. 6–24.
- Hoppe-Seyler, Annika (2020): Arenas of Volunteering. Experiences, Practices and Conflicts of Voluntary Refugee Relief. In: Glorius, Birgit/Doomernik, Jeroen (Hrsg.): Geographies of Asylum in Europe and the Role of European Localities. Cham: Springer, S. 225–243.
- Jäger, Margarete (2004): Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Analyse einer Diskursverschränkung. In: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöfer, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer VS, S. 421–437.
- Jasper, James M. (2014): Protest. A Cultural Introduction to Social Movements. Cambridge/Walden: Polity Press.
- Kappert, Ines (2021): „2015 darf sich nicht wiederholen.“ Das ist der Satz. Feminismus und Geschlechterdemokratie. Gunda-Werner-Institut, Heinrich-Böll-Stiftung. Online: <https://www.gwi-boell.de/de/2021/08/19/2015-darf-sich-nicht-wiederholen-das-ist-der-satz> (Zugriff 26.09.2022).
- Karakayali, Serhat (2017): „Infra-Politik“ der Willkommensgesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 30 (3), S. 16–24.
- Karakayali, Serhat (2019): The Welcomers. How Volunteers Frame Their Commitment for Refugees. In: Feischmidt, Margit/Pries, Ludger/Cantat, Celine (Hrsg.): Refugee Protection and Civil Society in Europe. Cham: Palgrave Macmillan, S. 221–242.
- Karakayali, Serhat/Kleist, J. Olaf (2016): EFA-Studie 2. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland. 2. Forschungsbericht. Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. BIM, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kirchhoff, Maren/Lorenz, David (2018): Between Illegalization, Toleration, and Recognition. Contested Asylum and Deportation Policies in Germany. In: Rosenberger, Sieglinde/Stern, Verena/Merhaut, Nina (Hrsg.): Protest Movements in Asylum and Deportation. Cham: Springer, S. 49–68.
- Luft, Stefan (2016): Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen. München: C. H. Beck.
- Marx, Iris (2020): Seit Flüchtlingskrise 2015. So wurde die Asylpolitik verschärft. Tagesschau. Online: <https://www.tagesschau.de/bilanz-fluechtlingspolitik-verschaerfung-101.html> (Zugriff 29.09.2022).
- MIDEM, Mercator Forum Migration und Demokratie (2019): Migration und Europa. Jahresbericht 2019. Dresden. Online: https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2020/12/TUD_MIDEM_Jahresbericht2019_Web.pdf (Zugriff 29.09.2022).

- Nover, Sabine Ursula (2009): *Protest und Engagement. Wohin steuert unsere Protestkultur?* Wiesbaden: Springer VS.
- Ochs, Marius/Semeniuk, Valeriia (2022): Sechs Monate Krieg. Wie Berlin die Ukrainer untergebracht hat – und wo die Probleme liegen. *Tagesspiegel*. Online: <https://plus.tages-spiegel.de/berlin/bilanz-nach-sechs-monaten-krieg-hat-berlin-die-ukrainer-gut-unter-gebracht-8574385.html> (Zugriff 26.09.2022).
- Pauli, Ralf (2022): Kommunale Aufnahme von Geflüchteten. Ohne Seehofer alles gut? *Taz*. Online: <https://taz.de/Kommunale-Aufnahme-von-Gefluechteten/!5824192/> (Zugriff 20.10.2022).
- Pries, Ludger (2018): *Refugees, Civil Society and the State. European Experiences and Global Challenges*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar Publishing.
- Pries, Ludger (2019): Introduction. *Civil Society and Volunteering in the So-Called Refugee Crisis of 2015 – Ambiguities and Structural Tensions*. In: Feischmidt, Margit/Pries, Ludger/Cantat, Celine (Hrsg.): *Refugee Protection and Civil Society in Europe*. Cham: Palgrave Macmillan, S. 1–12.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2021): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. Oldenbourg: De Gruyter.
- Rosenberger, Sieglinde (2018): Political Protest in Asylum and Deportation. An Introduction. In: Sieglinde/Stern, Verena/Merhaut, Nina (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*. Cham: Springer, S. 3–28.
- Saltiel, Rivka (2020): Urban Arrival Infrastructures between Political and Humanitarian Support. The ‘Refugee Welcome’ Mo(ve)ment Revisited. In: *Urban Planning*, 5 (3), S. 67–77.
- Sammann, Luise (2022): Eine EU-Richtlinie und ihre Auswirkungen. Unmut über ungleiche Behandlung von Kriegsflüchtlingen. *Deutschlandfunk*. Online: <https://www.deutschlandfunk.de/zwei-klassen-gefuechtete-100.html> (Zugriff 26.09.2022).
- Schamberger, Kerem/Lenz, Ramona (2022): Europäische Grenzpolitik. Zweierlei Maß. *Medico International*. Online: <https://www.medico.de/blog/zweierlei-mass-18644> (Zugriff 29.09.2022).
- Schinkel, Willem (2018): Against ‘Immigrant Integration’. For an End to Neocolonial Knowledge Production. In: *Comparative Migration Studies*, 6 (1), S. 1–17.
- Schmidt, Thilo (2022): Ukrainische Geflüchtete. Die neue Willkommenskultur in Sachsen. *Deutschlandfunk Kultur*. Online: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/ukraine-gefuechtete-sachsen-100.html> (Zugriff 20.10.2022).
- Schweda, Anna/Schutter, Sabina/Icker, Maria (2016): Frauen und Kinder zuerst? Stereotype und Exotisierung im medialen Diskurs um geflüchtete Mädchen und Frauen. In: *Betrifft Mädchen*, 3, S. 112–118.
- Schwartz, Helge/Schwenken, Helen (2020): Mobilizing for Safe Passages and Escape Aid. Challenging the ‘Asylum Paradox’ Between Active and Activist Citizenship, Humanitarianism and Solidarity. In: *Citizenship Studies*, 24 (3), S. 1–19.
- Schwartz, Helge/Steinhilper, Elias (2020): Countering the Asylum Paradox Through Strategic Humanitarianism. Evidence From Safe Passage Activism in Germany. In: *Critical Sociology*, 4 (2), S. 203–217.
- Seebrücke. (o. J.a): Sichere Häfen. Online: <https://seebruecke.org/sichere-haefen/haefen> (Zugriff 05.10.22).
- Seebrücke. (o. J.b): Über Uns. Online: <https://seebruecke.org/ueber-uns> (Zugriff 29.09.22).

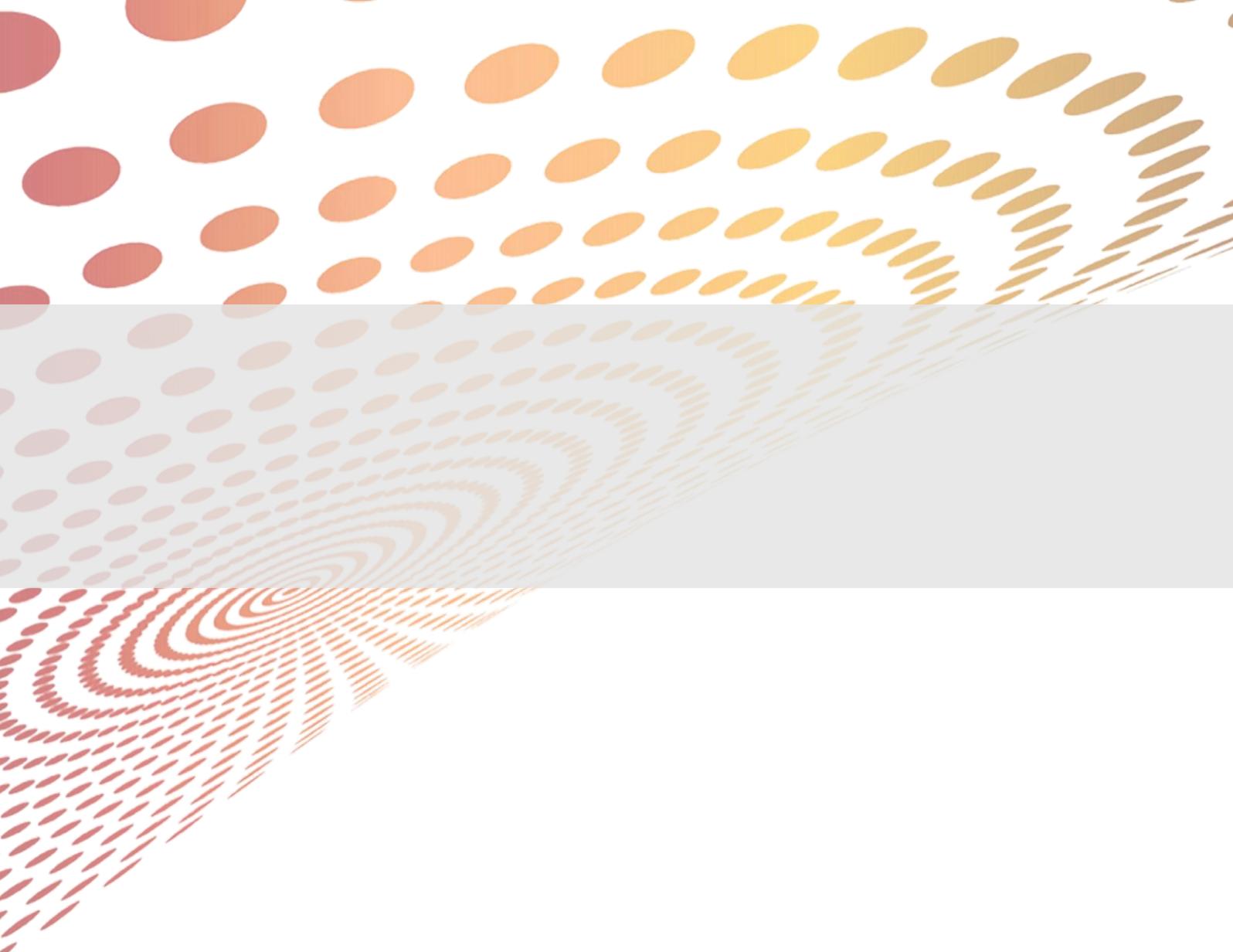
- Seibel, Andrea (2022): Die neue Willkommenskultur – Was anders ist als 2015. WELT. Online: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus237762193/Ukraine-Fluechtlinge-Die-neue-Willkommenskultur-die-Lehren-aus-2015.html> (Zugriff 10.08.2022).
- Sinatti, Giulia (2019): Humanitarianism as Politics. Civil Support Initiatives for Migrants in Milan's Hub. In: *Social Inclusion*, 7 (2), S. 139–148.
- Speth, Rudolf/Becker, Elke (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. *Opusculum* 92. Berlin: Maecenata Institut.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1985): The Rani of Sirmur. An Essay in Reading the Archives. In: *History and Theory*, 24 (3), S. 247–272.
- Sutter, Ove (2017): "Welcome!" The Emotional Politics of Voluntary Work with Refugees. In: *Journal for European Ethnology and Cultural Analysis*, 2 (1), S. 4–14.
- Sutter, Ove (2020): Between Prefigurative Politics and Collaborative Governance. Vernacular Humanitarianism in the Migration Movements of 2015. In: *Ethnologia Europaea*, 50 (2), S. 109–124.
- Ticktin, Miriam (2011): *Casualties of Care. Immigration and the Politics of Humanitarianism in France*. Berkeley: University of California Press.
- Tietje, Olaf/Dinkelaker, Samia/Huke, Nikolai (2021): Einleitung. Umkämpfte Teilhabe. In: Dinkelaker, Samia/Huke, Nikolai/Tietje, Olaf (Hrsg.): *Nach der „Willkommenskultur“*. Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität. Bielefeld: transcript Verlag, S. 7–22.
- Tilly, Charles/Tarrow, Sidney (2015): *Contentious Politics*. 2. Auflage. New York: Oxford University Press.
- Trauner, Florian/Turton, Jocelyn (2017): "Welcome Culture." The Emergence and Transformation of a Public Debate on Migration. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 46 (1), S. 33–42.
- Trautwein, Annabel (2022): Zwei-Klassen-Gesellschaft. DIE ZEIT. Online: <https://www.zeit.de/2022/18/gefluechtete-ukraine-rechte-syrien-nordafrika> (Zugriff 20.10.2022).
- Ullrich, Carsten G. (2020): *Das Diskursive Interview. Methodische und methodologische Grundlagen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Vandevoordt, Robin/Verschraegen, Gert (2019): Subversive Humanitarianism and Its Challenges. Notes on the Political Ambiguities of Civil Refugee Support. In: Feischmidt, Margit/Pries, Ludger/Cantat, Celine (Hrsg.): *Refugee Protection and Civil Society in Europe*. Cham: Palgrave Macmillan, S. 101–128.
- Van Dyk, Silke/Boemke, Laura/Haubner, Tine (2021): Solidarität mit Geflüchteten und Fallstricke des Helfens. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 31 (3), S. 445–473.

Anhang: Übersicht der Interviewpartner*innen

Pseudonym	Übersicht Engagementbiografie
Frau Brinkmann	<ul style="list-style-type: none"> - Seit 2015 aktiv - Einzel-Deutschunterricht für unbegleitete Minderjährige - Deutschunterricht in einer Frauengruppe - Alltagsunterstützung/-begleitung von Einzelpersonen
Frau Deuters	<ul style="list-style-type: none"> - Seit 1993 aktiv in einer Familien-GU³¹ (humanitäre Erstversorgung und ‚integrations‘-fördernde Maßnahmen, Alltagsunterstützung mit Fokus auf kinder- und frauenspezifische Themen) - Gründerin, Sprecherin und Leiterin der Unterstützungsinitiative - Gremien- und Lobbyarbeit auf städtischer Ebene
Frau Müller	<ul style="list-style-type: none"> - Seit Mitte der Neunzigerjahre in verschiedenen Bereichen der ‚Flüchtlingshilfe‘ aktiv, seit 2001 in Luisenstadt - Seit 2016 Koordinatorin einer GU-Unterstützungsinitiative <ul style="list-style-type: none"> - Spendenaktionen, Freizeitaktivitäten - Gremien- und Lobbyarbeit auf städtischer Ebene - Unterstützung der Seebrücke bei Einzelaktionen, Pressearbeit
Frau Pietsch	<ul style="list-style-type: none"> - Seit 2015 aktiv - Mitglied einer GU-Unterstützungsinitiative (humanitäre Erstversorgung und ‚integrations‘-fördernde Maßnahmen) - Seit 2018 Gründungsmitglied der Seebrücke - Gremien- und Lobbyarbeit auf städtischer Ebene - Gemeinderatsmitglied für die Partei DIE LINKE mit Schwerpunkt auf Teilhabe von geflüchteten Personen
Frau Hans	<ul style="list-style-type: none"> - Seit 2015 aktiv - Sprachunterricht und Alltagsunterstützung einer Familie
Herr Hans	<ul style="list-style-type: none"> - Seit 2015 aktiv - Alltagsunterstützung von zwei Einzelpersonen (Behördengänge, Unterstützung auf Wohn- & Arbeitsmarkt)
Herr Graub	<ul style="list-style-type: none"> - Seit 2015 aktiv - Sprachunterricht in einer GU-Initiative (abgebrochen) - seitdem Organisation einer ehrenamtlichen Fahrradwerkstatt - Seit 2022 Spendenaktionen für Geflüchtete aus der Ukraine
Herr Tietz	<ul style="list-style-type: none"> - Seit 2015 aktiv - Mitglied einer GU-Unterstützungsinitiative (Alltagsunterstützung, Veranstaltungen etc.) - Praktikum beim regionalen Flüchtlingsrat - Seit 2018 Gründungsmitglied der lokalen <i>Seebrücke</i>-Gruppe - Gremienarbeit - Seit 2022 Unterstützungsarbeit für Menschen aus der Ukraine

³¹ GU ist eine Abkürzung für die ‚Gemeinschaftsunterkünfte‘, in denen Personen im Asylsystem nach § 53 Absatz 1 des Asylgesetzes während des Asylprozesses untergebracht werden.

Herr Adel	<ul style="list-style-type: none">- Seit 2014 aktiv- Sprecher der Sprachlehrer*innen für Deutschkurse- Individuelle Alltagsbegleitung, rechtliche Unterstützung- vereinzelt Unterstützung von <i>Seebrücke</i>-Aktionen- Gremien-/ Lobbyarbeit auf städtischer Ebene
Herr Wolf	<ul style="list-style-type: none">- Seit Ende April 2022 aktiv- Unterstützung des städtischen Servicepoints für Personen aus der Ukraine- Alltagsunterstützung von Einzelpersonen
Frau Klinger	<ul style="list-style-type: none">- Ehrenamtskoordinatorin für den Bereich Flucht und Asyl der Stadt Luisenstadt seit 2018



Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)

Universität Osnabrück
D-49069 Osnabrück
www.imis.uni-osnabrueck.de